

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 M.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 80 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5 gespaltene Petitzeile kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. zu senden.

Nr. 44.

Sonntag, den 30. Oktober.

1910.

Das Block-Juwel.

Die vielgepriesene Großtat des Bülowblocks, auf die sich die Liberalen viel zugute tun, das Reichsvereinsetzungsgesetz, wird durch zahlreiche polizeiliche Uebergriffe, die sich in den meisten Fällen auf die nicht scharf und klar genug gehaltenen Bestimmungen des Gesetzes stützen, immer mehr bloßgestellt. Prozesse über Prozesse müssen geführt werden, um das gute Recht des Staatsbürgers gegen polizeiliche Uebergriffe zu verteidigen. In manchem dieser Prozesse verbindet sich mit der polizeilichen Auslegung des Gesetzes die richterliche, um hauptsächlich die Bewegungsfreiheit der Arbeiterbewegung einzudämmen.

Solche Vorkommnisse beweisen, daß die polizeiliche Annäherung, wie sie sich besonders seit den Zeiten des Sozialistengesetzes hervorgetan hat, nur mit den klaren, scharfen Bestimmungen eines Gesetzes gezügelt und zurückgewiesen werden kann. Wäre man den sozialdemokratischen Anträgen bei der Schaffung des Vereinsgesetzes gefolgt, dann gäbe es die Scherereien nicht, die in vielen Orten von der Polizei gegen die Arbeiterbewegung unternommen werden und die in Arbeiterkreisen nur den größten Unwillen hervorrufen müssen. Es ist schlimm, wenn ein Gesetz angeblich bürgerliche Freiheiten garantieren soll, dabei aber Hintertürchen offen läßt, durch die eifrige Handlanger der Reaktion wieder die alten Praktiken einschmuggeln können. Uebrigens ist der berüchtigte Sprachparagraph eine ausnahmegesetzliche Bestimmung, die selbst den Stempel unverfälschter Reaktion an der Stirn trägt.

Wie bekannt, tut sich in mißbräuchlicher Auslegung und Anwendung des Vereinsgesetzes seit längerer Zeit die Polizei in Halle hervor, die dem ebenso bekannten Vorgehen der schlesischen Polizei nichts nachgeben will. Aber auch anderwärts muß der Kampf gegen die Polizei scharf geführt werden, wie der nachstehende Fall beweist.

In Werne im Kreise Lüdinghausen (Westfalen) fand im guten Zimmer des Gasthofes „Fischerhof“ eine Versammlung der dortigen Mitglieder des Sozialdemokratischen Kreiswahlvereins statt. Eingeladen waren durch Zirkular die 64 Mitglieder, die der Wahlverein in Werne hat, erschienen waren 15 Mitglieder. Auf der Tagesordnung stand: 1. Die Arbeiterbewegung in Werne, 2. die Wahl eines Delegierten zum Preukentage, 3. die Wahl eines Vertrauensmannes. — Ein Polizeibeamter, der in die Versammlung kam, weil die Behörde sie als öffentliche ansah, löste sie auf, als die Wahl eines Delegierten zum Preukentage vorgenommen werden sollte.

Gegen den Genossen Jordan aus Ahlen als den Veranlasser wurde Anklage erhoben, weil er eine öffentliche, zur Erörterung politischer Angelegenheiten bestimmte Versammlung veranstaltet habe, ohne die für solche Versammlungen im Vereinsgesetz vorgeschriebene Anzeige zu erstatten (§ 5) oder zu veröffentlichen (§ 6).

Nachdem die Sache bereits einmal das Kammergericht beschäftigt hatte, sprach das Landgericht Münster den Angeklagten mit folgender Begründung frei: Das Gericht habe die Versammlung nicht als öffentliche ansehen können. Abgesehen davon, daß nur Mitglieder eingeladen waren und die Versammlung nur für solche bestimmt gewesen sei, seien andre Personen, ausgenommen die Beamten, nicht anwesend gewesen, und andre wären auch nicht zugelassen worden, falls sie versucht hätten, teilzunehmen. Nur Mitglieder seien zugelassen worden. Die Teilnehmer bildeten einen individuell beschränkten Personenkreis. Die Versammlung sei als eine reine Vereinsversammlung anzusehen. Sie könne aber auch nicht als eine Versammlung zur Erörterung politischer Angelegenheiten angesehen werden. Unter der Wahl eines Delegierten zum Preukentage, dem zweiten Punkt der Tagesordnung, vor dessen Beginn sie auflösten, hätten die Beamten allem Anschein nach die noch weit hinausliegende Wahl zum preußischen Landtage verstanden. Es sei dem Angeklagten zu glauben, daß bei dieser Wahl zum Preukentage der sozialdemokratischen Partei eine Erörterung politischer Angelegenheiten von vornherein ausgeschlossen sein sollte. Somit handle es sich weder um eine öffentliche, noch um eine politische Versammlung im Sinne des Vereinsgesetzes.

Das preußische Kammergericht verwarf dieser Tage die gegen das Urteil von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision: Nur wenn die Versammlung eine öffentliche gewesen wäre, hätte eine Anzeigepflicht nach § 5 des Vereinsgesetzes bestanden. Es sei aber ohne Rechtsirrtum festgestellt worden, daß es sich um keine öffentliche Versammlung handelte. Damit falle die Anklage.

Der Ausgang dieses Prozesses ist von Bedeutung im Hinblick auf die jetzt viel geübte, darum aber nicht minder geschwätzte Praxis der Behörden, alle Versammlungen sozialdemokratischer Wahlvereine, auch die kleinsten Bezirksversammlungen (siehe Halle a. S.), als öffentliche zu behandeln, wenn auch nur Mitglieder anwesend sind. Wobei ja immer der famose Begriff des sogenannten „loosen Vereins“ herhalten muß.

Mehr noch als gegen die politische Partei der Arbeiter wird das Gesetz mißbräuchlich gegen gewerkschaftliche Versammlungen angewandt, wie aus der großen Zahl von Fällen, die wir im Tabakarbeiter anführen, bekannt ist. Gar zu gern möchte die Polizei die Gewerkschaften zu politischen Organisationen stampeln. Der Zweck ist klar. Dürfte die Polizei die Gewerkschaften als politische Organisationen überwachen und behandeln, dann könnte sie sich auch hierin noch mehr als Schutztruppe des Unternehmertums aufspielen und die Arbeiter hindern, ihre Interessen gegen das Ausbeutertum zu verteidigen.

Es ist daher Aufgabe der Arbeiter, jeden polizeilichen Uebergriff zurückzuweisen, nicht zu dulden, daß das ohnehin sogar gutbürgerlichen Freiheitsansichten nicht entsprechende Gesetz die Fülle abgibt zu reaktionären, arbeiterfeindlichen Praktiken. Ueberall muß gegen das polizeiliche Vordringen eine Schranke errichtet werden, die nur durch schärfste Verteidigung des gewährten Rechts gehalten werden kann, bis es einmal gelingen wird, das Gesetz selber so zu revidieren, daß es selbst einen starken Schutz gegen die Polizei abgibt.

Leider müssen wir aber auch sagen, daß es organisierte Arbeiter gibt, die diesen notwendigen Kampf gegen die Polizei nicht mit der wünschenswerten Schärfe und Umsicht führen. Oftmals, ja wohl in den meisten Fällen haben die Gegenmaßnahmen der Arbeiter selbst polizeiliche Uebergriffe direkt abgewiesen, oder es bewirkten Beschwerden und Gegenvorstellungen Abhilfe. Wo dies nicht half, wurde die gerichtliche Entscheidung eventuell durch alle Instanzen angerufen, wobei freilich mitunter richterliche Auslegungen des Gesetzes die der Polizei noch überboten, so daß schon ziemlich viel Abweichungen in der richterlichen Auffassung zu verzeichnen sind. Diese Abweichungen selbst sind eine Blamage für das Gesetz resp. seine Schöpfer, und je mehr sie vorkommen, um so eher muß an eine Aenderung des Gesetzes im Reichstag herangetreten werden. Man tut also gut, sie zu sammeln. Vor allem aber muß jeder, auch der kleinste und unbedeutendste Eingriff der Polizei zurückgewiesen werden.

Bei solchem Gebot der Notwendigkeit muß es aber am schwersten gerügt werden, wenn Arbeiter selbst — wie uns einige Fälle mitgeteilt wurden — den alten polizeilichen Schlendrian durch eigene Trägheit und Torheit noch stützen. Sollte man es glauben, daß es Gewerkschaftsmitglieder gibt, die immer noch gewerkschaftliche Mitglieder- versammlungen bei der Polizei anmelden, wie es vor Erlass des Reichsvereinsgesetzes üblich war? Und daß die Polizei diese Anmeldung in alter Weise entgegennahm und ihre Zeit verschwendete, indem sie diese Mitglieder- versammlungen überwachen ließ, bis der dahinter kommende gewerkschaftliche Gauletter der Sache ein Ende machte? So tief hatte der alte reaktionäre Schlendrian sich eingegriffen!

Um so erfreulicher ist es, wenn im allgemeinen die Arbeiter sich rühren und sich von der Polizei kein Titelchen ihres Rechts verkümmern lassen. Die Liberalen können wirklich mit diesem ihrem Juwel aus der Bülowischen Blockzeit wenig Staat machen.

Die Arbeiterfrauen und die Fleischnot.

Die Arbeiterfrau, die Frau des kleinen Geschäftsmannes, die Frau des Beamten, sie alle beklagen sich seit Wochen auf das bitterste über die herrschende Fleischnot. In zahlreichen Versammlungen hat die organisierte Arbeiterfrau von der Regierung Maßnahmen zur Abhilfe der Fleischnot verlangt; die Mesgerinnungen, Stadtverwaltungen, Handelskammern stellen das gleiche Verlangen, leider bisher vergeblich. Andre Kreise dagegen, vor allem die Großgrundbesitzer, leugnen die Fleischnot. Sie verweisen auf die gefüllten Fleischläden, deren Fensteranlagen die prächtigsten Ställe aufweisen, auf den Reichthum in den Auslagen der Wild- und Geflügelhändler, wo neben Hasen Hehe, fette Gänse, Fasanen und Hühner aller Art zum Verkauf angeboten werden; sie verweisen auf die große Auswahl der Fische, die in den Fischhandlungen zu Gebote steht, und rufen pathetisch aus: „Wo ist denn da eine Fleischnot?“ Gewiß, Fisch, Fleisch, Wild und Geflügel ist in genügenden Mengen bisher noch vorhanden für — den, der die enorm hohen Preise zahlen kann, dem es nicht darauf ankommt, ob das Pfund Fleisch 1 M. oder 1.80 M. kostet, ob ein Hase mit 3 M. oder 5 M. bezahlt werden muß, ob ein Gericht Fische für 80 Pfg. oder erst für 1.80 M. zu haben ist.

Für die große Masse der ärmeren Volksschichten ist jedoch der Preis der Waren der Stadtmesser für den Verbrauch. Und die Preise für Fleisch und Fleischwaren, für Geflügel und Fische sind in den letzten Wochen für sie unerschwinglich geworden.

In Arbeiterkreisen und weit hinein in die Kreise des Bürgertums ist deshalb der Fleischkonsum ganz enorm zurückgegangen, in vielen Tausenden von Familien hat er ganz aufgehört oder der Verbrauch guten, gesunden Fleisches ist durch minderwertige Ware ersetzt worden. Und dabei stehen weitere Preissteigerungen des Fleisches in Aussicht. Das sind unerträgliche Zustände. Um so mehr, weil ja die enorm hohen Preise nicht nur ein Lebensmittel treffen, sondern die allgemeine Lebensmittelerhöhung auf die Spitze treiben.

Gegen diesen unerträglichen Zustand hat die Arbeiterfrau den Kampf mit aller Wucht weiter zu führen. Und bei diesem Kampf müssen die Frauen, als die am meisten Interessierten,

in den ersten Reihen stehen. Sie wissen nur zu gut, daß der Verdienst des Mannes, oft genug auch ihr gemeinsamer Verdienst, ohnehin nicht reichen will, nun aber um so unzulänglicher sich erweist. Sie müssen blutenden Herzens die Portionen Fleisch und Wurst, vielleicht gar die Portionen Brot kleiner und kleiner machen, ohne doch das Kunststück fertig zu bringen, daß Einnahmen und Ausgaben glatt ausgehen. Sie sehen, wie die Unterernährung die Gesundheit des Gatten, ihrer Kinder, ihre eigene untergräbt, wie ihre Kraft, ihre Arbeitsleistung, ihre Energie schwindet. Die Frau weiß, daß die Unterernährung die Sterblichkeit der Erwachsenen und der Kinder vermehrt.

Sie weiß auch, daß die Notlage des Volkes manchen braven Arbeiter, manche Arbeiterin auf die Bahn des Verbrechens, manche Arbeiterfrau und Tochter auf den Weg der Schande getrieben hat und daß alle diese Gefahren auch ihr und den ihrigen drohen. Sorgsame Hausfrauen und liebevolle Mütter werden von der Not aus dem Hause, von den pflegebedürftigen Kindern fort in die Erwerbsarbeit getrieben und müssen den ganzen Tag in Angst und Sorge um ihre ohne Aufsicht gelassenen Kleinen leben.

Was die Arbeiterschaft im schweren gewerkschaftlichen Kampfe an Lohnerhöhungen errungen hat, wird mehr denn wett gemacht durch die allgemeine Lebensmittelerhöhung. Nach sorgfältigen Berechnungen ist festgestellt, daß die jährliche Mehrausgabe an Zöllen und indirekten Steuern seit dem Inkrafttreten des Wuchertarifs von 1902 für eine fünfköpfige Arbeiterfamilie circa 330 M. beträgt. Das ist eine Belastung, die geradezu aufreizend wirkt.

So wird uns durch den Zoll verteuert:

Frisches Fleisch . pro Kilogr. um 35 Pfg.
Speck „ „ „ 36 „
Roggenbrot „ „ „ 5,8 „
Weizenbrot „ „ „ 6,4 „
Butter „ „ „ 20 „
Margarine „ „ „ 20 „
Mehl „ „ „ 10,2 „
Salz „ „ „ 12 „
Zucker „ „ „ 14 „
Kaffee „ „ „ um 60—90 „
Tea „ „ „ um 100 „
Streichhölzer „ „ „ 20 „

Zu den aufgeführten Nahrungsmitteln und sonstigen Gebrauchsgegenständen kommen noch viele andre, die in gleicher Weise durch Zölle und Steuern im Preise gehöhert sind.

Doch nicht nur durch die Zölle auf Fleisch und Speck sind uns Fleisch und Fleischwaren verteuert, sondern hohe Viehzölle kommen hinzu, ferner Einfuhrverbote für amerikanisches Vieh und Fleisch, schikanöse Einfuhrbestimmungen für Vieh und Fleisch aus den europäischen Nachbarländern. Sie wirken gleichfalls preishöhernd. Denn einmal verteuern diese Bestimmungen das eingekaufte Vieh und Fleisch, und ferner ermögen sie es den einheimischen Viehhändlern ihre Viehpreise ungefähr um dieselbe Summe zu steigern, da die ausländische Vieh und Fleisch verteuert ist. Die deutschen Viehzüchter, die den Hauptvorteil von den Vieh- und Fleischzöllen und all den zollpolitischen Maßnahmen haben, das sind vor allem die deutschen Großgrundbesitzer, die Ochsengrafen und Krautjunker, unsere schlimmsten Feinde, die Erreaktionäre, die gegen jede Erweiterung unserer Staatsbürgerrechte, dagegen für Ausnahme- und Anebelungsgesetze gegen die Arbeiterschaft sind, die freudigen Verzens Polizei und Militär gegen im Streit oder im politischen Kampfe stehende Arbeiter in Anwendung bringen. Mit unserm Hunger müssen wir also die Taschen unserer schlimmsten Gegner füllen und damit ihre wirtschaftliche und politische Macht stärken.

Alle diese Todsünden müßten die Frauen und Mädchen des Volkes aufpeitschen zum schärfsten Protest gegen die Auswucherungs- und Anebelungspolitik.

Die vom Parteitag beschlossene und vom Parteivorstand erneut eingeleitete Aktion gegen den Brot- und Fleischwucher muß zu einem kräftigen Willensansatz der werktätigen Massen, vor allem der Frauen und Mädchen der Arbeiterschaft werden.

Leistung der Grenzen! Fort mit den Vieh- und Fleischzöllen! Nieder mit der ganzen Auswucherungs- und Anebelungspolitik!

Das sei die Parole, unter der in der nächsten Zeit die Frauen den politischen Kampf führen.

Aus der Reichsversicherungsordnungskommission.

XI.

In der weiteren Beratung der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung wurden nur verhältnismäßig unbedeutende Veränderungen vorgenommen. Hervorzuheben ist der Beschluß, der sich auf die Zusammenfassung des Vorstandes der Versicherungsanstalten bezieht. Der Vorstand besteht aus einer gleichen Anzahl von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeiter. Außerdem stellt die Kommunalverwaltung die leitenden Beamten an und diese gehören ebenfalls zum Vorstand. Hieraus hat sich ergeben, daß in einer ganzen Reihe von Versicherungsanstalten die Zahl der Beamten größer ist, als die Zahl der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter zusammen. Demgemäß hatten die Beamten ihrer Zahl nach das Uebergewicht in dem Vorstande, so daß aus diesem Grunde die Beamtenwirtschaft ganz unbegrenzt sich entfalten konnte.

Die Sozialdemokraten forderten, daß unter keinen Umständen eine so große Zahl von Beamten im Vorstand das Stimmrecht ausüben sollte. Außerdem forderten sie selbstverständlich die Anstellung der Beamten durch den Vorstand selbst. Der letzte Antrag wurde von den andern

Parteien ohne weiteres abgelehnt. Dagegen hatte der erste Antrag den Beschluß zur Folge, daß an der Abstimmung im Vorstand niemals mehr als die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter teilnehmen dürfen. Ist die Zahl der beamteten Mitglieder im Vorstand größer als die Zahl der Arbeitervertreter und Arbeitgebervertreter, so scheiden bei der Beschlußfassung sowohl beamtete Mitglieder aus, daß die nichtbeamteten Mitglieder in der Mehrzahl sind.

Bezüglich des Erwerbes, der Veräußerung oder Belastung von Grundstücken im Werte von mehr als 1000 Mark soll nach dem Entwurf die Versicherungsanstalt durch den Vorstand und den Ausschuß vertreten werden. Um Schädigungen durch dieses umständliche Verfahren zu vermeiden, fügte die Kommission hinzu, daß der Vorstand allein die Versicherungsanstalt vertreten kann, soweit es sich um die Erwerbung solcher Grundstücke handelt, die von der Anstalt beliehen worden sind und im Zwangsverfahren erworben werden müssen.

Bei der Festsetzung der Invaliden- und Hinterbliebenenrenten bemühten sich die Sozialdemokraten, eine Erhöhung durchzusetzen. Sie hatten in erster Linie sich bemüht, die Leistungen zu verdoppeln und dementsprechend hätten auch die Beiträge erhöht werden müssen. Nachdem aber alle Anträge abgelehnt worden waren, soweit sie sich auf die Erhöhung der Leistungen bezogen, war jetzt auch eine Erhöhung der Beiträge unnötig geworden. Demgemäß wurden die Vorschläge über die Aufbringung der Mittel im wesentlichen unverändert angenommen. Hervorzuheben ist nur die Bestimmung über die Anrechnung der Krankheitswochen als Wochen der Versicherung, ohne daß Beiträge entrichtet worden sind. Als Krankheit gelten in diesem Sinne auch die zur Genesung nötigen Wochen. Als Genesungszeit sollte nach dem Entwurf die Zeit gelten, in der eine Frau infolge einer Niederkunft arbeitsunfähig ist. Jedoch wurde diese Zeit auf höchstens acht Wochen beschränkt, während in den andern Fällen die anrechnungsfähige Maximalzeit der Krankheit ein Jahr beträgt. Die Sozialdemokraten beantragten, die kurze Beschränkung der Zeit auf acht Wochen zu streichen. Das wurde jedoch abgelehnt. Dagegen erreichten sie es, daß in der Bestimmung neben der Niederkunft auch die Schwangerschaft berücksichtigt wurde.

Die Pflichtbeiträge sind nach dem Entwurf unwirksam, wenn sie nach Ablauf von zwei Jahren entrichtet werden. Eine Ausnahme hiervon ist für den Fall vorgesehen, daß die Pflichtbeiträge ohne Verschulden der Beteiligten nicht entrichtet worden sind. Dann sollte der Versicherte berechtigt sein, die Marken für längstens vier Jahre nachzutauschen. Die Ausnahme bezieht sich auf die Fälle, in denen der Arbeitgeber die Quittungsmarken im Besitz hat und die Marken regelmäßig einkleben soll. In solchen Fällen ist es vorgekommen, daß ein Arbeiter, der viele Jahre von demselben Arbeitgeber beschäftigt war, erst bei seiner Entlassung hörte, daß der Arbeitgeber es veräumt habe, die Invalidenmarken zu kleben und die Karten umzutauschen. Dann hatte der Arbeiter keinen Anspruch auf die Leistungen der Invalidenversicherung und konnte auch nicht mehr die Marken nachkleben. Um derartige Fälle für die Zukunft auszuschließen, beantragten die Sozialdemokraten für sie das Recht des Arbeiters, die Marken für die gesamte Zeit seines Arbeitsverhältnisses nachträglich zu entrichten. Das wurde zwar abgelehnt, jedoch die Bestimmung des Entwurfs in zwei Punkten geändert. Zunächst wurde die Ausnahme ausdrücklich für den Fall festgesetzt, daß die Vernachlässigung ohne Verschulden des Versicherten vorgekommen ist. Außerdem wurde hinzugefügt, daß ein Verschulden des Versicherten nicht vorliegt, wenn der Arbeitgeber die Quittungskarte aufbewahrt und nicht zur richtigen Zeit ordnungsgemäß umgetauscht hat.

Das fünfte Buch des Entwurfs regelt die Beziehungen der Versicherungsträger zueinander und zu andern Verpflichteten. Von den Bestimmungen ist für die Arbeiter ganz besonders wichtig die, welche die Ansprüche eines verunglückten Arbeiters von der 13. bis zur 27. Woche nach dem Unfälle feststellt. In dieser Zeit hat nämlich der Verunglückte einen Entschädigungsanspruch sowohl an die Krankenkasse, als auch an die Unfallversicherung. Aus diesem zweiseitigen Verhältnis ergaben sich viele Streitfragen, da es im allgemeinen nicht die Absicht des Gesetzgebers sein konnte, dem Verletzten eine doppelte Entschädigung zukommen zu lassen. In dem neuen Gesetz sollen die Ansprüche so geregelt werden, daß der Arbeiter im allgemeinen seine Ansprüche an die Krankenkasse behält. Das hat die praktische Bedeutung, daß, so lange die Unfallversicherung für den Verletzten nichts leistet, unter allen Umständen die Krankenhilfe gewährt werden muß. Außerdem hat der Verletzte noch neben den Leistungen aus der Krankenversicherung seinen vollen Anspruch auf Entschädigung an die Unfallversicherung, soweit letztere über die Entschädigung der Krankenkasse hinausgeht. In gewissen Fällen steht ihm sogar außer der vollen Unfallentschädigung noch ein Teil seines Krankengeldes zu. Die Krankenkasse hat für ihre Aufwendungen Ersatzansprüche an die Berufsgenossenschaften.

Die Berufsgenossenschaften versuchten, auch diese Bestimmungen zum Schaden der Arbeiter zu verfeinern und wirklich gaben sich die Nationalliberalen dazu her, alle Anträge der Berufsgenossenschaften in der Kommission zu vertreten. Jedoch wurden wesentliche Änderungen der Bestimmungen von der Kommission nicht angenommen.

Zu wichtigeren Debatten gab das sechste Buch des Entwurfs Veranlassung, das sich auf das Verfahren bezieht. Dabei handelte es sich vor allen Dingen um die Frage, ob das Reichsversicherungsamt auch in Zukunft als Berufungsinstanz für die Streitigkeiten der Unfallversicherung gelten soll oder nicht. Die Aussprache ergab, daß fast alle Parteien Wert auf die Beibehaltung des Reichsversicherungsamts als Berufungsinstanz für die Unfallversicherung legten.

Rundschau.

Ausnahmegeetze her! Die Kreuzzeitung bringt einen umfangreichen Artikel, überschrieben „Was nun?“, der sich von einem Parteifreund eingeschrieben worden ist. Der Verfasser schildert zunächst die Zustände, wie sie sich gegenwärtig entwickeln, in folgender Weise:

Die Beleidigungen des Kaisers und Kronprinzen, die pöbelhaften Beschimpfungen des auf deutschem Boden das Gastrecht genießenden Jaren, die zynische Frechheit der Presse, die Verherrlichung der Revolution mit ihren Schrecken und dem Ziele der sozialistischen Republik, die hochverräterischen Drohungen im Falle einer äußeren Verwicklung, die immer wütendere Verbeugung und Verhöhnung der Massen, namentlich der noch ganz unreifen Jugend, das gesteigerte Streikfieber mit der brutalen Bedrohung der Arbeitswilligen und mit dem Ziele des Massenausgangs, der dann nach den neuesten Preberzeugnissen in der Verfeuerung der Kasernen durch sozialdemokratische Reservisten und dem Erschießen der Offiziere durch die Mannschaften seine höchste Steigerung erfahren soll, endlich der blutige Widerstand gegen die Organe der Obrigkeit, das alles ist bereits mehr als nur das Schaumspitzen der Freiheit, mehr als eine Revolte, es ist die Revolution, welche, falls sie ungehemmt fortschreiten darf, schließlich, wenn überhaupt, nur noch in einem Meere von Blut und Tränen erstickt werden kann.

Endlich faßt der konservative Hecker seine Forderungen in folgender Sätze zusammen:

Wir bedürfen scharfer, bis zur Vernichtung gehender Ausnahmemaßregeln, wie wir sie ähnlich schon gehabt und in einer unheilvollen Stunde leider nur zu früh wieder aufgegeben haben. Und wir bedürfen zu ihrer Durchführung einer nervenstarken, unerschütterlich festen, zielbewußten Regierung, wie sie unser großer Kaiser in der Konfliktzeit in Männern wie Bismarck und Roon zur Seite hatte.

Es ist ganz gut, wenn die Wölfe in ihrer Mut einmal den Schafspelz abwerfen. Die arbeitenden Klassen können dann ihre Feinde um so besser erkennen. Nun, gegen die Steuerräuber und Arbeiterschinder werden die Arbeiter bei den kommenden Reichstagswahlen ein sehr deutliches Wort sprechen.

Billige Fleischpreise in — Rußland. Jenwärts der Grenze sind die Fleischpreise gegenwärtig außergewöhnlich niedrig. Es kosten, wie die Deutsche Fleischereizitung meldet, Schweinefleisch 35 Pfg., Schöpfenfleisch 30 Pfg., Kalbfleisch 10 bis 20 Pfg., Rindfleisch 20 Pfg.

Lohnerhöhung für die Eisenbahnproletarier. Wir können bestimmt mitteilen, daß den Eisenbahnarbeitern in Preußen am 1. April 1911 eine Lohnaufbesserung zuteil werden soll. Daß die Löhne der Eisenbahnarbeiter in gar keinem Verhältnis stehen zu den Lebensmittelpreisen, ist bekannt. Diese Tatsache würde die maßgebenden Instanzen aber kaum veranlaßt haben, eine Lohnaufbesserung in Erwägung zu ziehen. Als weit bessere Triebkräfte dürften in Betracht kommen das energische Auftreten der sozialdemokratischen Abgeordneten im preussischen Landtag zugunsten der Eisenbahner und der Umstand, daß die nächsten Reichstagswahlen immer näher heranrücken. Die Eisenbahnproletarier sollen durch Zuwendung einiger Nickel schnell zufrieden gemacht werden, damit sie nicht sozialdemokratisch wählen.

Ein kerikaler Stoßseuffer. Im Lorrain, dem Blatte des Bischofs Benzler von Metz, schreibt der Ehrenamsherr Collin: „Das allgemeine Stimmrecht ist entschieden eine vom Teufel erfundene Mechanik... Wäre ich Papst, so würde ich den Litaneien die Anrufung hinzufügen: Vom allgemeinen Stimmrecht erlöse uns, o Herr!“ So unverhüllt hat selten jemand seine Wahlrechtsfeindschaft geäußert. Ob die durch den Stoßseuffer bereicherte Litanei irgendwelche Wirkung auf die Beseitigung des Volksrechts ausüben würde, steht freilich auf einem andern Blatt. Wenn man durch Beten das Wahlrecht beseitigen könnte, gäbe es keine fleißigeren Beter wie unsre Junker und Pfaffen.

Lehrer geben sich zu Lehrlingen des Reichsverbands her. Eine fast unglaubliche Nachricht kommt aus Hannover und Worms: Lehrer staatlicher Volksschulen sind während der Michaelisferien in Berlin gewesen, um auf den „Schulen“ des Reichsverbands gegen die Sozialdemokratie zu kämpfen wider die sozialdemokratische Arbeiterbewegung gedrillt zu werden. Sie sollen neben freier Fahrt noch 6 Mk. täglicher Diäten während Fahrt und Aufenthalt in Berlin erhalten haben. Ausgehen soll die ganze Sache von der Schulbehörde. Man sollte, wie gesagt, nicht glauben, daß die Nachrichten wahr sind, daß sie aber aus zwei fern voneinander liegenden Orten gleichzeitig kommen, läßt fast jeden Zweifel schwinden, selbst wenn es schwer fällt, daran zu glauben, deutsche Volksschullehrer könnten sich soweit erniedrigen, im Dienste des Reichsverbands und nach seiner — pfiu Teufel! — satjam bekannten Methode außerhalb oder wohl gar innerhalb der Schule gegen sozialdemokratische Arbeiter, die ihnen kraft Schulgesetzes ihre Kinder zu Unterrichts und Erziehung anvertrauen müssen, zu wüten. Die Lehrer sollten sich jedenfalls vor Augen halten, daß ihre ganze Schularbeit durch ein derartiges Verhalten einfach vernichtet werden muß, denn daß die Eltern ihre Kinder vor derartigen Lehrern warnen und aufs strengste in acht nehmen müssen, ist selbstverständlich. Und die Schulbehörde hätte allen Grund, statt die Lehrer zu ungehöriger Reichsverbandsarbeit anzueifern, ihnen solche gefährliche und in allen ihren Folgen höchst kulturwidrige Arbeit zu verbieten. Aber freilich scheint die Schulbehörde in Preußen in allem andern ihre Aufgabe zu sehen, nur nicht darin, die Kultur zu fördern. Darum nicht ohne Grund hat man deshalb auch das preussische Kultusministerium genannt das Ministerium gegen Kultur.

Die Lungenwindstucht unter den Steinarbeitern. Die Häufigkeit der Lungenwindstucht unter den Steinarbeitern fällt nun endlich auch den Ärzten verschiedentlich besonders auf. In der Amtshauptmannschaft Pirna sind über 2000 Sandsteinarbeiter beschäftigt; viele tragen den Keim der Lungenwindstucht in sich. Auf einer Ärztekongress in Pirna wurde festgestellt, daß unter den Lungenkranken die Steinarbeiter seit langem an erster Stelle ständen. Trotzdem für die Steinmehnen die Arbeitszeit gesetzlich auf 9 Stunden festgesetzt ist und der Steinarbeiterverband sogar den Achtstundenarbeitstag erringen konnte, ist ein Zurückdrängen der Berufskrankheit (Lungenwindstucht) nicht möglich gewesen. Die Ärzte haben nun beschlossen, die Patienten aus Steinarbeiterkreisen besonders scharf zu untersuchen und diejenigen, bei denen Erkrankungen der Atmungsorgane konstatiert werden und die im Verdacht der Lungenerkrankung stehen, sofort den Lungenheilstätten überweisen zu lassen.

Christliches.

Wie leichtfertig Herr Köös mit der Ehre seiner gewerkschaftlichen und politischen Gegner umgeht und mit welcher Bissigkeit er bestrebt ist, seine eigne Person zu schützen, davon haben wir schon überreich Proben bekommen. Eine solche Probe von Leichtfertigkeit, wie er sie jetzt gibt, ist aber noch nicht dagewesen. Am 9. Oktober hielt Köös einen Vortrag in Oberndorf. Der Erfolg war, daß sich in den Tagen nach der Versammlung 60 Personen dem Deutschen Tabakarbeiterverbande anschlossen. Ueber diese Versammlung bringt nun das christliche Verbandsorgan einen Bericht. In dem Bericht heißt es: „In der letzten Versammlung in Oberndorf, in der Schlüter geredet hat, hätte er auch ausgeführt, der Syndikus Hindenberg habe Köös in einer Sitzung so ähnlich als Arbeiterverräter hingestellt und Köös habe sich dies ruhig gefallen lassen. Hätte der Syndikus ihm (Schlüter) das vorgeworfen, wäre er sofort fortgegangen. Köös erklärte das ganze Geschwätz Schlüters für eine elende Verleumdung, die diesem wieder sehr ähnlich sähe. Und Schlüter selbst wäre ein ganz erbärmlicher Verleumder, und zwar so lange, bis er an zuständiger Stelle den Wahrheitsbeweis für seine Behauptung erbrächte. Der Syndikus, Herr Hindenberg, hätte ihm in diesem Sinne noch niemals etwas vorgeworfen. Wohl habe der Syndikus dem „Genossen“ Schlüter in der Verhandlung bei Heinecke in Gegenwart der Kommission vorgehalten, daß er, Schlüter, unrichtige Sachen vertrete, und daß er die Sache, die er in einer Bewegung vertreten sollte, geschädigt habe. Schlüter habe eingestanden, dann sei er von seinen Leuten belogen worden.“

Also Köös weiß noch nicht einmal genau, was Schlüter gesagt hat. „So ähnlich als Arbeiterverräter“, heißt es in dem Bericht, und das genügt diesem Ehrenmann zu obigen schweren Beschimpfungen. In der Versammlung in Oberndorf sprach der „Christliche“ Rafflenbeul und rief sich an Hindenberg. Bezugnehmend hierauf sagte Schlüter, „daß sich Herr Hindenberg auch nicht scheue, den christlichen Führern den Arbeiterverräter der Christlichen bei der Tabaksteuer ins Gesicht zu sagen“. Als wir in Löhne mit Hindenberg in Sachen Heinecke verhandelten und dann dort zusammen Mittag gegessen hätten, habe Herr Hindenberg dem Köös gesagt, „daß das Zentrum und die Herren Behrens und Burckhardt ganz ungläublichen Verrat an den Tabakarbeitern begangen hätten. Hindenberg hat auch seine Meinung über den Jüngling Rafflenbeul ausgesprochen usw.“

Das Gespräch hat auch im „Ravensberger“ in der gehaltenen Form gestanden. Der Genosse Schmale aus Osnabrück, Bezirksleiter des Zigarrenfortiererverbands, war zugegen. Nun wollen wir hoffen, daß Köös einsehen wird, wie ihm seine Phantastik mal wieder einen Streich gespielt hat und er in Zukunft sich bemühen muß, Herr seiner Nervosität zu werden. Bezüglich des Vorkommnisses bei Heinecke ist mir hiervon kein Sterbenswort bekannt.

Da frage ich die Kommissionsmitglieder von Kirch- und Südlengern und Eilshausen, welche zugegen gewesen sind, denn Köös schreibt „in Gegenwart der Kommission“. Ist das Wahrheit? Die Kommissionen werden ihr Zeugnis abgeben. Bis dahin wollen wir mit Köös nicht rechnen. Auf das Niveau des Kampfes, auf das Köös ihn herabgedrückt hat, folgen wir ihm nicht. Mag er sich ruhig allein in dem Schlamm wälzen.

Wilhelm Schlüter.

Berichte.

Goß. Die am Freitag, den 21. d. M., stattgefunde Verhandlung mit dem Niederrheinischen Tabak- und Zigarrenfabrikantenverein wegen der Lohnbewegung bei der Firma W. Merken-Cleve und Th. Joh. Klaaßen-Emmerich verliefen resultatlos. Wohl wurden einige Zugeständnisse gemacht, aber die Kollegen in den Zigarrenfabriken Goß, Neukert, Cleve und Elten lehnten einstimmig ab, darauf einzugehen. Die Fabrikanten drohen, weil keine Einigung erzielt wurde, mit einer Aussperrung sämtlicher organisierten Tabakarbeiter des Niederrheins. Die Fabrikanten werden sich aber schwer verrechnen mit ihrem brutalen Vorgehen, denn die Arbeiter sind sich einiger denn je und zu 80 Prozent organisiert. Die Mitgliedschaften Goß, Geldern, Emmerich des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, haben in zahlreichen besuchten Versammlungen einstimmig beschlossen, eine Aussperrung mit einer allgemeinen Lohnbewegung zu beantworten. Auch die Konsumenten sollen über das Verhalten der Fabrikanten informiert werden.

Schwedt. Am 17. d. M. fand hier im Restaurant zum Deutschen Hause eine von zirka 400 Personen besuchte öffentliche Volksversammlung statt, die sich mit der Arbeitsniederlegung der Roller und Widelmacherinnen der Firma Geb. Dietzle beschäftigte. Von seiten der Firma sind mit dem Tage der Arbeitsniederlegung allerlei Gerüchte in die Welt gesetzt, nur zu dem Zweck, die Streikenden in der öffentlichen Meinung herabzusetzen; speziell wurde das Gerücht verbreitet, die Streikenden hätten die Arbeit nur eines Lehrlings wegen niedergelegt. Diesen Gerüchten entgegenzutreten und die wahren Ursachen der Arbeitsniederlegung der Bevölkerung zu unterbreiten, war Zweck der Versammlung.

Es war dem Referenten, dem Gauleiter M. Riesel und dem Kollegen W. Boerner-Berlin ein leichtes, nachzuweisen, daß die seit langem in dem Betrieb bestehenden Mißstände, die trotz aller Vorstellungen der Arbeiter nicht abgeschafft wurden, die eigentlichen Ursachen der Arbeitsniederlegung waren. Diese Mißstände bestanden hauptsächlich darin, daß die Arbeiter schon seit dem Vorjahr nicht genügend Dedmaterial hatten und gezwungen waren, oft stundenlang bis einen halben Tag zu feiern und so in ihrem so schon geringen Verdienst noch herabgemindert wurden. Auch ließ das Dedmaterial viel zu wünschen übrig. Des weiteren führten auch die Widelmacher oft lebhafte Klage wegen schlechten Umblatts und Einlage. Die Ursache, daß kein zubereitetes Dedmaterial vorhanden war, ist einerseits die, daß Herr D. trotz mehrmaligen Annoncierens keine Hilfsarbeiter (Padmacher) bekommen konnte, die das Dedmaterial zubereiten hätten, und zwar konnte er deshalb keine bekommen, weil die Leute bei dem Affordsystem, das bei der Firma besteht, nicht bestehen konnten. Die zweite Ursache ist die, daß dem Werkmeister Ph. Gieser die Fähigkeit gefehlt hat, sich einen Ueberblick zu machen, ob auch für die Leute genügend Beschäftigung vorhanden ist; denn es wurden noch Arbeiter von außerhalb herangezogen, denen dauernde und lohnende Arbeit zugesichert wurde und die nun gezwungen waren, die Arbeit wieder mit niedrigeren Löhnen infolge der angeführten Mißstände. Auch die Lohnverhältnisse sind trotz aller gegenteiligen Behauptungen der Firma nicht die besten.

Noch zwei andere wichtige Ursachen der Arbeitsniederlegung sind hervorzuheben. Die Arbeiter hatten vor kurzem die Bildung eines Arbeiterausschusses zur Regelung aller Mißstände gewünscht. Dieses den Arbeitern gesetzlich zustehende Recht

6. österreichischer Gewerkschafts-Kongress.

In dem großen Saale des Arbeiterheims der Proletarier-ortstadt Favoriten, des ältesten Arbeiterheims Wiens, trat am 17. Oktober der sechste österreichische Gewerkschaftskongress zusammen. 499 Delegierte, Fachblattredakteure, Gäste usw. nahmen an dem Kongress teil, der somit stärker besucht war, als alle vorausgegangenen österreichischen Gewerkschaftskongresse. Im ganzen sind weit über 400 000 Arbeiter sämtlicher österreichischer Nationalitäten auf dem Kongress vertreten. 144 000 tschechische Arbeiter gehören den Zentralverbänden an. Unter den Gästen befinden sich der Sekretär des Internationalen sozialistischen Bureaus, Guyssman-Brüssel, Reichsratsabgeordneter Dr. Adler-Wien, ferner Vertreter der deutsch-österreichischen sozialdemokratischen Parteivertretung, der ungarischen Gewerkschaftszentrale und des Landesverbandes der Arbeiterorganisationen Bosniens.

Der Kongress wurde namens der Gewerkschaftskommission eröffnet von ihrem Sekretär, dem Genossen Hueber. Genosse Hueber wies in seiner Ansprache auf die hohe Wichtigkeit der Kongressverhandlungen hin. In einer Zeit schwerer wirtschaftlicher Not tritt der Kongress zusammen. Dazu kommt der schwere und bedauerliche innere Konflikt, in dem wir uns befinden. Ein großer Teil unserer tschechischen Freunde und Genossen glaubt durch Zersplitterung der Gewerkschaften das Heil ihrer Partei begründen zu können. Wir unsrerseits sind durchdrungen von der Notwendigkeit einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation. Hat sich doch auch das Unternehmertum ohne Unterschied der Nation organisiert. Redner begrüßt darauf die Gäste und besonders herzlich den Genossen Viktor Adler, der in den letzten Wochen so vielen und ungerechten Angriffen der tschechischen Parteipresse ausgesetzt gewesen sei. (Stürmischer Beifall.)

Zunächst wurde dann einstimmig eine scharfe Resolution gegen die Feuerung angenommen. Hueber wies auf die machtvollen Demonstrationen hin, die kürzlich stattgefunden haben. Wenn die Herren da oben glauben, daß es mit den Demonstrationen abgetan sei, so könnten sie sich irren. Es kann leicht sein, daß das österreichische Volk noch etwas deutlicher zu verstehen gibt, daß seine Geduld eine Grenze hat. (Stürmischer Beifall.)

Darauf konstituierte sich der Kongress. Zu Vorsitzenden wurden gewählt Beer und Hanusch (Wien), Fura-Brünn, Zulawski-Krakau und Oliva-Triest.

Nachdem Hueber unter stürmischem Beifall des Kongresses die von der tschecho-slawischen Sozialdemokratie wegen ihres Festhaltens an der Zentralisation ausgeschlossenen Genossen aus Böhmen und Mähren bewillkommnet hatte, begrüßten Guyssman an namens des Internationalen sozialistischen Bureaus und Dr. Adler-Wien (mit stürmischem Beifall begrüßt) namens des Verbandes der sozialdemokratischen Reichsratsabgeordneten den Kongress. Beide Redner gaben der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhandlungen dieses Kongresses zur Überwindung der gewerkschaftlichen Zersplitterung führen möchten. Genosse Adler hob auch hervor, daß die sozialdemokratischen Reichsratsabgeordneten sich ebenso gut als Beauftragte der Gewerkschaften, wie als Beauftragte der Partei fühlen.

Nachdem Sajay-Budapest die Grüße der ungarischen und Kaufser-Sarajewo die Grüße der bosnischen Arbeiterbewegung überbrachte und ebenfalls die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Einheit betont hatten, schloß Hueber den Rechenschaftsbericht der Reichskommission. Die schwere wirtschaftliche Krise hat finanziell die Gewerkschaften nicht erschüttern können. In den drei Berichtsjahren haben die Zentralverbände 6 340 000 Kronen für Arbeitslosen- und andere Unterstellungen ausgegeben. Die Zeit des relativen Friedens mit dem Unternehmertum ist vorbei. Im kommenden Jahre laufen über 2000 Tarifverträge ab, an denen mehr als 350 000 Arbeiter beteiligt sind. Um so nötiger ist die Einheit der Gewerkschaftsbewegung. Die Zersplitterter laden eine schwere Schuld auf sich. (Lebhafter Beifall.) Redner wies jedoch noch auf die guten Dienste hin, die die Jugendorganisation den Zentralverbänden leistet, und hob hervor, daß der Solidaritätsfonds auf einer Bank liegt, um zur freien Verfügung zu sein. Ueber die Höhe des Fonds teilt der Redner nichts mit, weil, wie er unter Heiterkeit der Versammlung sagt, weder die Unternehmer, noch auch manche Organisationen das zu wissen brauchen. Sonst könnten manche Organisationen denken, eine weitere Stärkung des Fonds sei nicht nötig.

Unter allgemeiner Entrüstung der Versammlung wird zur Kenntnis genommen, daß dem Genossen Rudolf Merta in Brünn der Urlaub zur Teilnahme an dem Gewerkschaftskongress von dem Obmann der Allgemeinen Arbeiterkrankenkasse in Brünn, dem separatistischen tschechischen Sozialdemokraten Kos Wanjek, versagt worden ist. An Merta wurde ein Begrüßungstelegramm abgesandt.

Am Dienstag begannen die Debatten über den wichtigsten Punkt der diesjährigen Kongressverhandlung, über die Einheit der Gewerkschaftsorganisation. Der Referent Hueber erklärte zunächst, daß er den Optimismus des Genossen Guyssman leider nicht zu teilen vermöge. Von Friedensstimmung sei in Prag wenig zu spüren. Der Vorwurf, daß die deutschen Genossen die Gewerkschaftsorganisation zur Germanisierung benutzen, sei alt, aber unbegründet. Man sei den tschechischen Separatisten so weit entgegengekommen, als es irgendwie möglich war. Aber den gemeinsamen Rahmen der Organisation, die Einheitlichkeit und die Gemeinsamkeit der Verwaltung der Kriegsfonds konnte und durfte man nicht aufgeben. Glücklicherweise hat sich die österreichische Arbeiterschaft nicht vom Schlagwort der Neutralität jagen lassen; aber soweit darf die Einheit zwischen Partei und Gewerkschaft nicht gehen, daß die Gewerkschaften unter eine gewisse Parteidiktatur gestellt werden. Die tschechischen Gewerkschaften werden unter die Bedürfnisse der tschechischen Partei untergeordnet, und zwar unter die nationalen, nicht unter die sozialen Bedürfnisse. Die Hoffnung, daß der Kopenhagener Beschluß die tschechischen Genossen zur Umkehr veranlassen werde, haben sich nicht erfüllt. Der Redner legte eine Resolution vor des Inhalts, daß der Kongress an den grundsätzlichen Bedingungen der einheitlichen organisatorischen Führung der gewerkschaftlichen Kämpfe aller Art sowie der einheitlichen Verwaltung der finanziellen Mittel für diese Kämpfe festzuhalten und hiervon nicht abzuweichen. (Lebhafter Beifall.) Ferner schlug die Kommission vor, als äußersten Anfangstermin der Verhandlungen den Anfang des November festzusetzen. (Erneuter stürmischer Beifall.) Auf Antrag Arbeiter-Vielheit wurde als Friedenskündgebung sofortiger Debatten-Schluss beschloffen. Nachdem der Vorsitzende Hueber hervorgehoben hatte, daß die Reichskommission dem in der Diskussion unabweisbar zum Ausdruck gelangten Wunsche der Kongressmehrheit nach einer Verschärfung der Resolution nachgegeben habe, sowie der Hoffnung Ausdruck gegeben habe, zu einer Einigung mit den tschechischen Kameraden zu gelangen, wurde einstimmig die Resolution und die Anberaumung eines Termins nach den Beschlüssen der Kommission angenommen und so dann die weiteren Beratungen auf Freitag vertagt.

werden würde. Die Resolution sei noch kein Kompromiß, sondern nur der Weg zum Kompromiß. Ein Kompromiß sei noch weit weg. Andre Staaten haben den Syndikalismus und den Anarchismus und die bis zur Verbrüderung mit Bürgerlichen gehende Neutralität. Die österreichische Arbeiterbewegung habe mit dem österreichischen Erbfeind, dem Nationalismus, zu tun. Aber vielleicht sei jetzt noch dieser Nationalismus zu überwinden. Wenn freilich man in Prag nicht wolle, dann bleibe nur der Kampf übrig, der aber sodann nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch sein würde. (Stürmischer Beifall.)

Der tschechische Zentralist Bartund beantragte in der Diskussion Niederlegung einer Kommission, die die Resolution verschärfen soll. Westka-Brünn beantragte Abbruch aller Beziehungen mit den Organisationen, die ihre Beiträge an die tschechische Gewerkschaftskommission in Prag abführen. Rona-Wien verlas eine begeisterte Vertrauenskundgebung der tschechischen Delegierten zugunsten Viktor Adlers. In bewegten Worten dankte Genosse Adler auf das herzlichste für diese Vertrauenskundgebung. Gleichzeitig bat und beschwor Genosse Adler die tschechischen Zentralisten und die ganze Versammlung, nicht Born und Bitterkeit das Übergewicht über ruhige Erwägungen gewinnen zu lassen und die Brücke zur Verständigung nicht abzubrechen. (Stürmischer Beifall.)

In der weiteren Diskussion am Dienstag und Mittwoch stieß die Resolution auf heftigen Widerspruch. Verschiedentlich wurde hervorgehoben, daß die Separatisten bereits in alle größeren Gewerkschaftsorganisationen mit Ausnahme der Eisenbahner die Spaltung hereingebracht haben, und daß auch die Spaltung der Eisenbahner nur eine Frage der Zeit sei. Der Separatismus bringe sogar in die Alpenländer ein. Nemecek habe vollbracht, was den Jungtschechen nicht gelungen sei, die Spaltung der tschechischen Arbeiterschaft. Wenn Wanjek und Nemecek von den Unternehmern bestochen worden wären, hätten sie nicht anders handeln können. Suhrowsky-Olmütz bezeichnete die tschechische Parteiführung als schlimmer denn Klassenjustiz. Für die Resolution trat am eifrigsten Beer-Wien ein. Ganz sicher sei Grund genug zur Erbitterung vorhanden, aber man solle lieber an die Zukunft als an die Vergangenheit denken. Verständigung müsse erstrebelt werden, sie dürfe freilich nicht erfolgen auf Kosten der Ehre und der Macht der Organisationen.

Am Mittwoch wurden die Verhandlungen durch eine vertrauliche Sitzung unterbrochen.

Am Donnerstag wurde die Debatte über die Einheit der gewerkschaftlichen Organisation im Plenum fortgesetzt, während bereits am Mittwoch die mit der Umarbeitung der Resolution beauftragte Kommission an ihre Arbeit gegangen ist. Mit gleicher, ja gesteigerter Heftigkeit wurde die Resolution als zu schwach bekämpft. Die tschechischen Delegierten hatten eine Erklärung eingebracht, die eine scharfe Mißbilligung des tschechischen Separatismus enthält. Die Südslawen erklärten sich für die Resolution mit einer Verschärfung und verlangen, daß, wenn wider Erwarten keine gedeiuliche Lösung erzielt werde, die Gewerkschaftskommission eine Reichskonferenz der Gewerkschaften einberufe, um weiter endgültige Schritte zu beschließen. Jarolin-Deplitz (Bergarbeiter) wies darauf hin, daß der separatistische Redakteur des Fachblattes der Bergarbeiter bei Nacht und Nebel mit dem gesamten Material von Mährisch-Ditrau nach Rabno übergeschleift ist. Alles Entgegenkommen hat nichts geholfen. Die tschechische Sozialdemokratie wollte eben eine Sonderorganisation auch der Bergarbeiter. In der gesamten tschechischen Partei und in der Fraktion besteht auch nur eine fiktive Einheit. Um diese nicht bloßzustellen, beruft man auch den längst fälligen Gesamtparteitag nicht mehr ein. Redner erklärte unter lebhaftem Beifall, daß er an eine friedliche Verständigung nicht mehr glaube. Der Kampf müsse eben durchgeführt werden. (Lebhafter Beifall.) Der Bergarbeiterdelegierte Berda-Mährisch-Ditrau forderte die Einberufung eines Gesamtparteitages. Wer sich den Beschlüssen dieses Gesamtparteitages nicht füge, sei kein Sozialdemokrat mehr. (Lebhafter Zustimmung.) Der tschechische Zentralist Kasranek hob hervor, daß die Separatisten mit den Nationalsozialen zusammengehen. Der heilige Wenzel hätte daran seine Freude haben. Das Scheitern des Eisenbahnerstreiks in Frankreich zeigt, daß Lohnkämpfe ohne Einheitlichkeit der Organisation verloren gehen. Andre Redner erzählten, wie zentralistische Gewerkschaftsverfassungen von Hausen gedungener Leute unter Führung tschechischer sozialdemokratischer Abgeordneten gesprengt werden. In berebten Worten beschwor noch einmal Dr. Viktor Adler den Kongress, die tiefberechtigte Entrüstung nicht entscheidend für die Beschlüsse werden zu lassen. Zu Unrecht werde die vorgeschlagene Resolution angegriffen. Sie enthalte keine Preisgabe von Prinzipien, sondern trage nur den nun leider einmal vorhandenen Tatsachen, der Existenz der Sonderorganisationen und der eingerissenen Feindseligkeit Rechnung. Ebensovienig sei von einer Preisgabe der von der tschechischen Sozialdemokratie zu Unrecht ausgeschlossenen Organisationen und Personen die Rede. Dr. Adler schloß mit den Worten: Wir dürfen die Sünden, die in Prag begangen worden sind, nicht die Massen der tschechischen Arbeiter entgelten lassen. (Stürmischer Beifall.) Ein politischer Streit kann nur Mandate kosten. Mandate verliert, Mandate gewinnt man. Das ist leicht zu tragen, aber ein gewerkschaftlicher Streit schneidet ein in das Leben jeder einzelnen Arbeiterfamilie. (Stürmischer Beifall.) Die tschechische Arbeiterschaft ist dank dem gewerkschaftlichen Streit heute gegenüber den Unternehmern tatsächlich kampfunfähig. Auf dem Rücken der tschechischen Arbeiterschaft wird in erster Linie dieser Kampf ausgefochten. Wenn die Prager Separatisten dem Fettsch der nationalen Organisation das Wohl des tschechischen Proletariats opfern wollen, wir wollen das nicht. Wir wollen den Frieden und die Kampffähigkeit der Gewerkschaften durchsetzen. Dazu ist die Resolution der richtige Weg. Sie geht nicht zu weit und ermöglicht den Schritt zur Einheit. (Stürmischer Beifall.)

Inzwischen hatte die Kommission ihre Beratungen beendet. Sie schlug vor, den angefochtenen Passus so zu fassen: „Der Kongress beschließt, an den grundsätzlichen Bedingungen der einheitlichen Gewerkschaftsorganisation und an der einheitlichen Führung der gewerkschaftlichen Kämpfe aller Art, sowie der einheitlichen Verwaltung der finanziellen Mittel für diese Kämpfe festzuhalten und hiervon nicht abzuweichen.“ (Lebhafter Beifall.) Ferner schlug die Kommission vor, als äußersten Anfangstermin der Verhandlungen den Anfang des November festzusetzen. (Erneuter stürmischer Beifall.) Auf Antrag Arbeiter-Vielheit wurde als Friedenskündgebung sofortiger Debatten-Schluss beschloffen. Nachdem der Vorsitzende Hueber hervorgehoben hatte, daß die Reichskommission dem in der Diskussion unabweisbar zum Ausdruck gelangten Wunsche der Kongressmehrheit nach einer Verschärfung der Resolution nachgegeben habe, sowie der Hoffnung Ausdruck gegeben habe, zu einer Einigung mit den tschechischen Kameraden zu gelangen, wurde einstimmig die Resolution und die Anberaumung eines Termins nach den Beschlüssen der Kommission angenommen und so dann die weiteren Beratungen auf Freitag vertagt.

Gewerkchaftliches.

Mitglieder, die in einem andern Orte in Arbeit zu treten gedenken, haben sich vorher an den zuständigen Bevollmächtigten zu wenden, ehe sie die Arbeit annehmen.

Altona-Ottensen. Der bei der Firma Caprano u. Gruhn ausgebrochene Abwehrstreik ist durch Vergleichsverhandlungen beendet worden. Die Arbeit wurde am 18. Oktober wieder aufgenommen.

Dresden. Außer den 14 Firmen, mit denen der Verband einen Tarifvertrag abschloß, haben nun auch die Firmen Lange u. Jedicke, Pudmenschky u. Gash (Dresdner Zigarrenkompanie) und E. Uhlmann ihren Arbeitern in letzter Zeit Lohnzulagen bewilligt. So bewilligte die Firma Lange u. Jedicke den Zigarrenmachern auf einige Sorten 50 Pfg. pro Mille, den Wickelmachern 20 bis 30 Pfg. pro Mille und den Deckblattjuristern, die einen Lohn von 12 Pfg. pro Kilo erhielten, 10, 20, 25 und 40 Pfg. pro Kilo. Die Firma Pudmenschky u. Gash (Dresdner Zigarrenkompanie) stellte die Löhne der Heimarbeiter mit denen der Fabrikarbeiter gleich, was einer Lohnzulage von 50 Pfg., 1 Mk. und 1.50 Mk. entspricht. Außerdem erhielten die Handarbeiter eine Lohnzulage von 75 Pfg. bis 3 Mk. pro Mille. Die Löhne der Zigarrenmacher (Formarbeit) wurden pro Mille um 25 Pfg. bis 1.50 Mk., die Löhne der Wickelmacher (Formarbeit) pro Mille um 10 Pfg. bis 75 Pfg. erhöht. Bei Vorstentlandede wird, wenn der Verbrauch über 1 1/2 bis höchstens 2 Kilo beträgt, ein Lohnzuschlag von 50 Pfg. und bei Mexiko-, Brasil- oder Havannadecke 75 Pfg. (bis her 50 Pfg.) gezahlt. Dazu sind die Zurschlerlöhne um 3-5 Pfg. pro Kilo erhöht worden. Die Firma E. Uhlmann erhöhte die Löhne der Zigarrenmacher pro Mille um 10 Pfg. bis 1 Mk. und ebenso die Löhne der Wickelmacher pro Mille um 10 Pfg. bis 1 Mk. Außerdem erhielten auch die Zurschlerinnen Lohnzulagen bewilligt, wobei die Wochenlöhne teilweise auf 12 Mk. gesetzt wurden.

Bertha (Westfalen). Der Verband schloß, außer mit der Firma J. J. Meyer, nun auch mit der Firma S. Kammann einen neuen Tarifvertrag ab. Außer der 56-stündigen Arbeitszeit pro Woche wurde ein Minimallohn von 9 Mk. pro Mille bei Lieferung vollständig zubereiteten Materials bewilligt.

Sachsen a. d. S. (Pfalz). Die Firma J. Reif (St. Mannheim) bewilligte ihren Arbeitern nach vorausgegangener Lohnforderung 20 Pfg. bis 50 Pfg. pro Mille Lohnzulage.

Leipzig i. S. Die Firma Ferd. Hühle (St. Leipzig, jetziger Besitzer der früheren Zigarrenfabrik J. C. Cichorius in Leipzig), bewilligte ihren Arbeitern an Stelle des bis dahin erhaltenen nur angefeuchteten Deckblatts mit der Rippe aufgesetztes Deckblatt und eine Lohnzulage für Koller bis zu 25 Pfg. bei 44 Sorten, bis zu 50 Pfg. bei 12 Sorten und bis 75 Pfg. bei 6 Sorten pro Mille, sowie für Wickelmacher entrippte Einlage und eine Lohnzulage bis zu 35 Pfg. pro Mille bei 56 Sorten.

Reilingen (Baden). In letzter Zeit stellten auch die Arbeiter bei der Firma J. Redwitzer (St. Mannheim) Forderungen. Die Firma entsprach zum Teil diesen Forderungen und bewilligte auf mehrere Sorten eine Lohnzulage von 40 bis 60 Pfg. pro Mille.

Klein-Krohenburg. Nach eingeleiteter Lohnbewegung bei der Firma J. W. Kopp bewilligte diese nach vorausgegangener Unterhandlung auf 19 Sorten eine Lohnzulage von 20 und 30 Pfg. pro Mille. Die beschäftigten Arbeiter erklärten sich mit diesen Zugeständnissen einverstanden.

Cleve, Goch, Nienkerf (Rheinland), Dielheim, Ruhloch (Baden). Die Lohnunterschiede bei der Firma W. Mertens (St. Cleve) sind noch nicht erledigt. Eingeleitete Verhandlungen, die in Wesel stattgefunden und nachher in Ruhloch ihre Fortsetzung erfuhren, sind resultatlos verlaufen. Als Antwort auf das Vorgehen und den Ausgang dieser Verhandlungen haben nachfolgende Firmen ihre Arbeiter ausgesperrt: Leve u. Galmann (St. Mannheim), Simon u. Co. (St. Mannheim) Gebr. Meyer (St. Heidelberg), Castanien (St. Duisburg), Florian Bianchi (Neuwied).

Freiberg i. S. Der Streit bei der Firma R. Barth dauert fort. Vor Zugang wird gewarnt.

Johanngeorgenstadt. Die Firma E. Hennann (St. Zwickau) entließ ihre Arbeiter, weil die Löhne zu hoch seien. Solange dieser Abwehrstreik dauert, ist der Zugang fernzuhalten.

Bözig (S.-A.). Der Streit bei der Firma R. Bach dauert fort. Der Zugang ist streng fernzuhalten.

Rehme (Westfalen). Der Streit bei der Firma H. Selbach u. Co. dauert fort. Vor Zugang wird gewarnt.

Borgholzhausen (Westfalen). Der Streit bei der Firma J. W. Schmidt dauert fort. Vor Zugang wird gewarnt.

Schwedt. Allen Bevollmächtigten zur Nachricht, daß die Firma Gebr. Dieterle, Schwedt a. O., auf der Suche nach Filialen ist, desgleichen seine Meister. Wir ersuchen die Bevollmächtigten sowie Kollegen, ein wachsameres Auge zu haben, und dem Bevollmächtigten Rob. Fern, Schwedt, diesbezügliches mitzuteilen.

Elten bei Emmerich. In der Filialfabrik der Firma Th. Joh. Klaffen in Emmerich sind Lohnunterschiede ausgebrochen. Die Zugeständnisse von seiten der Firma waren so gering, daß sämtliche Arbeiter am Sonnabend, den 15. d. M., die Kündigung einreichten. Vor Zugang wird gewarnt.

Ruhloch. Da sich die Sortierer der Firma Mertens ebenfalls im Ausstand befinden, sucht diese Firma in der Süddeutschen Tabakzeitung unter dem Namen E. Reff u. Co., Ruhloch, verbandsfreie Sortierer. Wir möchten des-

halb alle Kollegen und Kolleginnen dringend warnen, ja nicht auf diesen Leim zu kriechen.

Der Zugang ist fernzuhalten: Holzminen: Firma G. Weiffeld, Dahme i. M.: Firma H. G. Loel, Woltersdorf: Firma W. u. f. r. o. w.

Beabsichtigte Aussperrung der Tabakarbeiter am Niederrhein. Bei der Tabak- und Zigarrenfabrik Wilhelm Mertens in Cleve bestehen Lohnhöhen. Die Arbeiter verlangen 50 Pfg. bis 1.50 Mk. pro Mille Zulage und Lieferung besseren Materials. Die Firma lehnte die Forderungen ab; Verhandlungen mit ihr scheiterten. Die Firma besitzt auch Zigarettenbetriebe in Goch und Neukerk am Niederrhein. Dort reichten die Arbeiter ebenfalls die Kündigung ein. Am 22. d. M. laufen die Kündigungen ab, so daß über 400 Tabakarbeiter im Streik stehen werden. Die Firma hat jetzt die Hilfe des Niederrheinischen Fabrikantenvereins in Anspruch genommen, der, wie verlautet, sich mit der Absicht einer allgemeinen Aussperrung der organisierten Tabakarbeiter am Niederrhein trägt. Es kämen dann 1500 Zigarrenarbeiter in Betracht. Die Arbeiter sehen dieser Androhung mit Ruhe entgegen, sind sie doch zu 80 Prozent organisiert.

Hierzu schreibt die Süddeutsche Tabakzeitung: Das einheitliche und planmäßige Vorgehen des christlichen Tabak- und Zigarrenarbeiterverbandes bei den Lohnbewegungen in Rupploh, Cleve, Goch und Neukerk hat zur Folge gehabt, daß der Niederrheinische Zigarrenfabrikantenverband einstimmig die Anordnung einer Aussperrung beschloß. Die Kündigung soll am nächsten Sonnabend erfolgen, falls bis dahin in den niederrheinischen Fabriken keine Verständigung erzielt ist. In Betracht kommen zunächst etwa 4000 Arbeiter.

Die Rupploher Fabrikanten haben ebenfalls die Aussperrung beschlossen. Die Kündigung ist bereits heute an ein Drittel der dort beschäftigten Arbeiter ergangen. Während am Niederrhein die Aussperrung zunächst alle organisierten Arbeiter trifft, ist in Rupploh die Kündigung nach dem Alphabet erfolgt.

Gewarnt werden die Genossen der Tabakindustriebezirke vor einem angeblichen Genossen Michael Ullmer, Zigarrenfortiermeister. Der Mann ist im Besitze eines Mitgliedsbuches des Sozialdemokratischen Vereins Aachen-Land. Er stammt aus Ebingen, Kreis Schwäbingen in Baden. Ullmer verzog vor einigen Wochen angeblich nach Vandau in der Pfalz. Dort ist er aber nicht zu finden. Politisch hat er sich nach Mannheim abgemeldet, es aber für gut befunden, von dort fernzubleiben. Als wahrscheinlicher Aufenthalt kommen die Pfälzer, badischen, hessischen, thüringischen oder der Bündler westfälische Tabakindustriebezirke in Frage. Die Genossen dieser Bezirke seien besonders darauf aufmerksam gemacht. Es wird gebeten, bei etwaiger Ermittlung des Mannes sofort die Rheinische Zeitung, Filiale Aachen, zu benachrichtigen.

Literarisches.

Arbeiterversicherung und Alkoholismus von Albert Kohn Verlag: Deutscher Arbeiter-Abstinenz-Bund (F. Michaelis), Berlin SO 16, Engelauer 19. — 24 Seiten 30 Pfg., billige Ausgabe 10 Pfg.

Der Verfasser ist besonders berufen, dieses Thema zu behandeln, steht ihm doch als Leiter einer großen Ortsklasse ein reiches Material zur Verfügung. Aber Kohn beschränkt sich nicht darauf; er verarbeitet im wesentlichen diejenigen Erfahrungen, die anderorts auf diesem Gebiete gesammelt sind. Er weist unter anderem an Hand der Jahresberichte von Krankenhäusern den Umfang des Alkoholismus nach. Später führt Kohn die ver-

schiedensten Maßnahmen auf, die die einzelnen Berufsorganisationen in Bezug auf Alkoholkämpfung vorgenommen haben. Das Kapitel Alkohol und Unfall erzählt ebenfalls eine umfassende Behandlung. — Das Buchlein repräsentiert sich somit als ein außerordentlich guter und vor allen Dingen billiger Führer. Wir empfehlen unsern Lesern die Anschaffung aufs wärmste. Jede Parteibuchhandlung besorgt die Lieferung.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 3. Heft des 29. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Mummenschanz und Revolution. — Die auswärtige Politik der russischen Konterrevolution. Von Karl Madel. — In Erwartung des Parteitages von Mailand. Von Oda Olberg (Rom). — Der Kampf auf den deutschen Seeschiffswasser. Von Gustav Becker (Berlin). II. — Technisch-wirtschaftliche Rundschau. Von Richard Wolbt. — Literarische Rundschau: Dscholli uciteljima i ucenicima (a socialdemokratskog gledišta). Von Kadé, K. E. — Zeitschriftenchau.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3.25 Mark pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfg.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Kollegen! Agitiert für eure Organisation!

Rohtabak-Angebot Heinrich Franck, Berlin, siehe vierte Seite des Hauptblattes.

Tabakarbeiter-Genossenschaft Burgsteinfurt.

Samstag, den 5. November, abends 8 Uhr
Ausserordentl. General-Versammlung
im Saale des Herrn Rudolf Arning, hierselbst.

Tagesordnung:
1. Berichterstattung vom Verbandstag in Krefeld. 2. Berichterstattung vom Genossenschaftstag in München. 3. Berichterstattung vom internationalen Genossenschaftstag in Hamburg. 4. Ausschluß eines Genossen.

Burgsteinfurt, den 24. Oktober 1910.
Der Aufsichtsrat. Wilh. Feld.

A. Plonsk & Co.
Berlin N.
192 Brunnenstr. 192.
Durch Gelegenheitskauf alter Tabake ist unser Lager in allen Sorten überseeischer
Roh-Tabake
wieder zu billigen Preisen reich sortiert.

Roh-Tabak-Haus!

Post- u. Bahnversand zu Engrospreisen.

Empfehle als besonders vorteilhaft:
Sumatra, Rollblatt, II. Gänge, hell, tabelloser Brand 300 g
Sumatra, Rollblatt, III. Gänge, hell, tabelloser Brand 280 g
Vorstenlanden, Rollblatt, III. Gänge, Rinkroller, tabelloser Brand 200 g
Vorsten, Stückblatt, II. Gänge, tabelloser Brand 140 g
Brasil, Ded., tabelloser weißer Brand 160 g
Sumatra, Umblatt, leicht 135, 145, 150, 155, 160 g
Java, Umblatt und Einlage 100, 110, 120, 130, 140, 150 g
Seedleaf, Umblatt (feinster Havana u. Cornectico) 145, 150 g
Domingo, Umblatt (Mocca), hart u. (sauer) 120, 130 g
Rosgut (nur ausländ. Tabak), leicht 100 g

Karl Ramm, Altona a. Elbe
jetzt Kronprinzenplatz 2. *

Besonders empfehlenswert:
Vorstenlanden Dede links ganz hell, 2. Rollblatt 2.75
Deli My/H/X V 2. fahl 3.25
Carmen-Umblatt Ia Ia Ia 1.25
Havana-Seedleaf sehr großblättrig 1.35
ff. Bühlerthaler Umblatt 1.05
Edmund Lindenstädt
Berlin N., Brunnenstr. 16.

Verlangen Sie

in Ihrem eigenen Interesse unsere soeben erschienene
Herbst-Preisliste.
Brinkmeier & Co.
Bremen.

Rohtabak-Lager

Wilh. Puchtler
Altona a. E., Bausstraße 14.
Sumatra-Decke, 2.2., sehr deft., p. Pfd. 2.20
Brasil pro Pfd. 1.35, 1.40, 1.50, Decke 2.10
Seedleaf pro Pfd. 1.25, 1.45.
Sollenweise entsprechend billiger.
Versand nur gegen Nachnahme.
Ein großer Posten **Mexiko-Proben** sehr billig.

Brasilschnupftabak

echten Schmalzler
zum Preise von 1.50 Mk. bis 2.50 Mk., bei Abnahme von 6 Pfd. an franko, empfehle geeigneter Abnahme
Heinr. Unterbichler, Brasiltabakfabrik
Wünchhain (Niederbayern).

Redakteur-Gesuch.

Für die Redaktion des Tabak-Arbeiter mit dem Sitz in Bremen wird zum 1. April 1911 ein

Redakteur

gesucht. Bewerber müssen im besonderen mit der Gewerkschaftsbewegung gründlich vertraut sein.

Das Anfangsgehalt beträgt 2400 Mk. pro Jahr, steigend jährlich um 50 Mk. bis zum Höchstgehalt von 2800 Mk. — Außerdem zahlt der Verband die Hälfte der Beiträge für den Verein Arbeiterpresse (Unterstützungs-Vereinigung), die Beiträge für Alters- und Invalidenversicherung und ein Drittel der Beiträge für Krankenversicherung.

Die Bewerbungen sind bis zum 5. Dezember d. J. an C. Deichmann, Bremen, Faulenstraße 58/60, II., Zimmer 7, mit der Aufschrift „Bewerbung für die Redaktion“ einzureichen.

Der Vorstand des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes.

Gauleiter-Gesuche.

Für die neu einzurichtenden Gaue

Badisches Oberland Ost- u. Westpreussen

mit dem Sitz in Offenburg mit dem Sitz in Elbing
wird zum baldigen Antritt je ein

Gauleiter

gesucht. Das Anfangsgehalt beträgt 2000 Mk. pro Jahr, steigend jährlich um 50 Mk. bis zum Höchstgehalt von 2400 Mk. Außerdem zahlt der Verband die Hälfte der Beiträge für den Verein Arbeiterpresse (Unterstützungs-Vereinigung), die Beiträge für Alters- und Invalidenversicherung und ein Drittel der Beiträge für Krankenversicherung.

Die Bewerber, die der Tabakbranche angehören müssen, haben unter Angabe ihrer bisherigen Tätigkeit in der Tabakarbeiterbewegung bis zum 5. Dezember d. J. einen kurzgefaßten Aufsatz über die Aufgaben eines Gauleiters an C. Deichmann, Bremen, Faulenstraße 58/60, II., Zimmer 7, mit der Aufschrift „Bewerbung für Gau Ost- u. Westpreussen“ einzureichen.

Bei Bewerbungen, die für beide Gaue Gültigkeit haben sollen, ist dies zu vermerken.

Der Vorstand des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes.

Telephon 11358. Telephon 11358.
Hermann Lehmann, Leipzig
6 Bauhofstrasse 6
empfeilt als besonders preiswert und gut
Sumatra-Decke à 220, 240, 250, 260, Havana, hochfeine Einl., à 270, 350 g
280, 300, 340, 380, 410, 500 g
Sumatra-Umblatt à 160, 175 g
Vorstenlanden-Decke à 200, 250, 310, 320, 400, 500 g
Java-Umblatt à 145, 150, 160, 170, 175, 180, 185 g
Java-Einlage à 105, 110, 115, 120
Aufarbeiter à 125 g
Felix-Decke, schneeweiß, Brand 220 g
Felix-Einlage à 135, 145, 150, 160, 170, 175 g
Preise per Pfund verzollt inkl. Wertzoll.
Versand unter Nachnahme mit 3 Prozent Skonto.
Man verlange neueste Preisliste.

Bei Blutarmut, Bleichsucht,

blutarmen Zuständen, bei denen eine Mehrung der Blutmenge und Besserung der Blutbeschaffenheit notwendig ist, z. B. nach Blutverlusten (Operationen, Wochenbetten usw.), Frauenkrankheiten, Magen- und Darmleiden, Nervenkrankheiten, nach überstandenen erschöpfenden Krankheiten usw. werden warm empfohlen Trankturen im Hause mit

Lamscheider Stahlbrunnen.

In allen Fällen haben wir die Symptome der Chlorose (Bleichsucht) sehr bald verschwinden und einem körperlichen und seelischen Wohlbefinden Platz machen, das um so schneller eintritt, je schwerer die einzelnen Fälle waren. Die Patienten erhalten sich merkwürdig schnell. Odeme und Schmerzen in den Füßen verschwinden, der Appetit nahm zu, die Kopfschmerzen ließen nach, gesunder Schlaf stellte sich ein, die Müdigkeit machte einer gewissen Arbeitsfreudigkeit Platz. — Ich teile Ihnen mit, daß ich bei den verschiedenen Erkrankungen des Magens, auf nervöser Grundlage basierend, Ihr Wasser mit gutem Erfolg angewandt habe und dasselbe seit mehreren Jahren in vorkommenden Fällen gern empfehle. — Ausführliche Mitteilungen über Kurverfolge, Bezug des Brunnenkostenlos durch: Lamscheider Stahlbrunnen in Düsseldorf SW 77.

Als ganz besonders preiswert offeriere:
Sumatra à 1.70, 1.80, 2.—, 2.20, 2.40 bis 5.50 Mk. — Java à 1.10, 1.15, 1.20, 1.35, 1.60, 1.70 bis 2.— Mk. — Felix à 1.15, 1.35, 1.45, 1.50, 1.80 Mk., Dede à 2.20 Mk. — Domingo à 1.10, 1.15, 1.20, 1.25 bis 1.50 Mk. — Carmen à 1.15, 1.20, 1.30, 1.40, 1.50 Mk. — Mexiko-Decke à 3.60, 3.80, 4.50 Mk., Einlage à 1.40 Mk. — Havana à 2.60 u. 3.80 Mk. — Cuba à 2.50 Mk. — Prima Holländer Umblatt à 1.20 u. 1.25 Mk. — Elsässer à 98 g — Uckermärker, loje Blätter à 98 g, geschneit à 1.05 u. 1.10 Mk.
Diskont gewährt 3 Prozent. — Versand nur unter Nachnahme.
Illustrierte Preisliste gratis und franko.

Bernhard R. Müller

Magdeburg, Fürstenwallstr. 9.
Ältestes Rohtabak-Versandgeschäft der Provinz. — Gegründet 1886.*

Der deutsche Bauernkrieg.

Von Friedrich Engels.
Droht 1.50 Mk., gebund. 2 Mk. (Porto 10 g).
Volksbuchhandlung, Leipzig, Tauchaer Str.

Hygienische

Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. gratis u. franko.
H. Unger, Gummiwarenfabrik, Berlin NW., Friedrichstr. 91/92.

Leistungsfähige Firma

in Aluminium-Zigarren- und Zigaretten-Etuis sucht Verbind. mit soliden Engros-Häusern der gesamten Tabak-Industrie.
Gefl. Offerten sind zu richten an Louis Klöckner, Erbad im Westerwald (Deutschland).

Restaurant

verbunden mit Zigarrenfabrikation, nur Kassa-Kunden vorh., sofort billig zu verkaufen. Brauerei hilft mit 1000 Mark.
Zu erfragen bei Karl Rolke, Niddorf, Knefbeckstraße 24.

Bettmöbelen

Betreuung sofort. Alter und Geschlecht angeblich. Auskunst umsonst.
Institut „Sanitas“, Velburg 87, Bayern.

Gummi Tragant

helle tabellose ergiebige Ware
per 1/2 Kilo 2.50 Mk.
jetzt am Lager bei
L. Cohn & Co., Berlin N.
Brunnenstraße 24.

Ihrem Mitgliede
Berta Halle
wünschen zu ihrem am 30. Oktober stattfindenden Hochzeitstages viel Glück und Segen
Die Mitglieder
der Zahlstelle Cauth i. Schl.

Unserem Mitgliede, dem Kollegen
Paul Gleis
und seiner Braut Fräulein
Pauline Kodalle
zu ihrer am 31. Oktober stattfindenden Vermählungsfeier die aufrichtigsten Glückwünsche.
Die organisierten Kollegen der Zahlstelle Hansen i. Schl. B. F., R. G., R. H., R. N., R. R., R. S., R. T., R. U., R. V., R. W., R. X., R. Y., R. Z.

Todes-Anzeigen.

Am 28. September verstarb unser langjähriges Mitglied, die Rollenin **Auguste Beier** aus Pirna im Alter von 56 Jahren.
Leicht sei ihr die Erde!
Ein ehrendes Andenken werden der Verstorbenen bewahren
Die Mitglieder der Zahlstelle Dresden.

Am 10. Oktober verstarb unser mehrjähriges Mitglied Kollege **August Schulze** aus Waldheim im 62. Lebensjahre.
Ein ehrendes Andenken werden dem Verstorbenen jederzeit bewahren
Die Mitglieder
der Zahlstelle Waldheim i. S.

Am 12. Oktober starb nach langem Leiden unser Mitglied **Christian Evers** im Alter von 85 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Zahlstelle Lützen.

Am 24. Oktober verschied nach langem Leiden unser langjähriges Mitglied, Frau **Auguste Huxhagen geb. Nimrich**.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihr
Die Mitglieder
der Zahlstelle Frankenhäuser (Ruff.).
Briefkasten.
Koll., Cauth, 90 Pfg.

wurde vom Chef brüsk abgelehnt. Dazu kam die am 19. September erfolgte Maßregelung eines Mitgliedes unseres Verbandes. Es ist hier wirklich nebensächlich, ob das betreffende Mitglied noch kurze Zeit im Lehrverhältnis steht, umso mehr, da das Lehrverhältnis nur auf freier Vereinbarung beruht. Herr D. hat oft erklärt, ein sehr liberaler Mann zu sein, mit seinem Herzen mehr auf Seiten der Arbeiter zu stehen und gegen unsern Verband nichts zu haben. Dem halten wir obige Tatsache entgegen; ferner daß D. an seine Filiale Fiddichow einen Brief gerichtet hat, in welchem er droht, wenn ein Arbeiter in den Verband eintritt, der flieht hinaus und wenn vier hineingehen, mache er sofort die Bude zu.

Das Verhalten des obengenannten Werkführers gegenüber allen diesen Mißständen und weiter sein Verhalten den Arbeitern gegenüber taten das übrige. Dieser Mann hat sich nicht geschämt, seine ihm unterstellten Arbeiter noch von ihrem geringen Verdienst anzuborgen, trotzdem der Mann bisher 35 Mk., jetzt 45 Mk. Wochenlohn, freie Wohnung und Heizung erhielt. Dieser Mann, der seine Untergebenen anpumpt, konnte es nicht vertragen, wenn sie einmal bei ihm wegen irgend eines Arbeitsmangels vorstellig wurden; dann wurden sie von ihm in seiner groben Weise abgefertigt. Er brachte es weiter fertig, seine Stellung, wie der Chef selbst persönlich erklärte, mit der Begründung zu kündigen: er könne nicht mehr bleiben, weil er von den Leuten zu sehr schikaniert würde. Wir wissen nun nicht, ob dieser Werkmeister es als Schikaniierung aufgefaßt hat, wenn die betr. Arbeiter ihr Geld wieder haben resp. ihm nichts borgen wollten. Weiter hat er für den Werkmeisterverband von einem der Streikenden bereits vor einem halben Jahre eine Kopierpresse gekauft, die bis heute noch nicht bezahlt ist.

Nach Anhörung aller dieser Vorkommnisse wurde von der Versammlung nachstehende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute in Schwedt tagende öffentliche Volksversammlung weist mit Entschiedenheit, nach Anhörung der beteiligten Arbeiter, die von der Firma Dieterle verbreiteten Gerüchte, daß die Arbeit nur eines Lehrlings wegen niedergelegt worden ist, zurück. Tatsache ist, daß die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sowie die Schikaniierungen seitens des Meisters Herrn P. Gieser und das Verhalten desselben den Arbeitern gegenüber dazu beitragen. Tatsache ist ferner, daß alle Vorstellungen der Arbeiter bei der Firma hierüber wirkungslos abrakelten. Als Beweis möge dienen, daß der von den Arbeitern geforderte Arbeiterauschuss von Herrn Dieterle brüsk zurückgewiesen wurde, trotzdem den Arbeitern dieses Recht laut Gesetz zusteht. Aus alledem geht hervor, daß Herr Dieterle die Organisation der Arbeiter treffen wollte.“

Zur Brachtung!

Man beschreibe nie, nie, nie zwei Seiten. Versammlungsangelegenheiten müssen stets auf ein besonderes Blatt Papier geschrieben werden.

Die Konsumgenossenschaften als Helfer in wirtschaftlicher Not.

Die Konsumgenossenschaften haben sich schon oft, besonders in Zeiten außerordentlicher Not, ihren Mitgliedern als letzter Stützpunkt erwiesen. Namentlich in den gewaltigen, ungeheure Opfer erheischenden Wirtschaftskämpfen der Gegenwart bildet der gut fundierte, in sozialem Geiste ausgebaut und geleitete Konsumverein für die Arbeiter eine Quelle moralischer Kraft und materieller Fürsorge. Wir wollen aus der Fülle der bekanntgewordenen Beispiele heute nur über zwei der letzten berichten.

Unterm 10. September bringen die Cooperative News einen Bericht über die letzte Halbjahrsversammlung des in mitten eines Kohlenrubenbezirks liegenden Konsumvereins **Murton**, der nicht nur auf die geschäftliche Einwirkung großer Streiks auf die Konsumvereine, deren Mitglieder zum überwiegenden Teile aus Arbeitern bestehen, Schlaglichter wirft, sondern auch erkennen läßt, bis zu welchem Umfang einzelne Konsumgenossenschaften helfend einzugreifen. Infolge eines Streiks fanden die Kohlenruben während der ersten drei Monate des abgelaufenen Geschäftsjahrs still, was bewirkte, daß der Umsatz des Konsumvereins um ein Bedeutendes zurückging. Wirken doch gerade in den hochentwickelten Konsumvereinen mit ihren hohen Durchschnittsumsätzen pro Mitglied langwierige Arbeitskämpfe mit ihrer Verminderung der Kaufkraft auf die geschäftliche Entwicklung der Genossenschaften ungemein störend ein. Im Murtoner Konsumverein ging der Umsatz im verfloßenen Halbjahre infolge der Beschäftigungslosigkeit der Verleiute um 226 500 Mark gegenüber dem gleichen Zeitraum im Vorjahre zurück. Der Durchschnittsumsatz pro Mitglied sank um 220 Mark auf 399 Mark. Daneben gingen Abhebungen vom Anteilkapital in Höhe von 178 260 Mark und schließlich, um den von dieser außerordentlichen Not betroffenen Mitgliedern die Milderung in bisheriger Höhe von 10 Prozent gewähren zu können, wurden sogar noch 5500 Mark dem Reservefonds entnommen. Trotz all dieser das geschäftliche Ergebnis der Genossenschaft ungünstig beeinflussenden Einwirkungen hat diese während der Streikzeit an 1200 erwachsene Personen und 830 Kinder außer Sonntags täglich Brot und Suppen unentgeltlich verabfolgt. Einige Nachbar-Konsumvereine stellten 12000 Mark und die Großhandels-Gesellschaft 2000 Mark zur Verfügung des Murtoner Konsumvereins, der insgesamt 13 440 Mark für außerordentliche Unterstützung während der Streikzeit auszahlte. Bemerkenswert ist, daß in dieser Periode, der schlimmsten seit Bestehen der Genossenschaft, trotz des durch die Verminderung der Kaufkraft bedingten Umsatzzurückgangs die Zahl der Mitglieder um 177 auf 1504 stieg und daß auch die Zahl der Käufe sich vermehrte, und zwar laut Ausweis der Kassenzettel mehr wie in jedem früheren Zeitraum. Gerade die letzteren Erscheinungen lassen deutlich erkennen, daß der Konsumverein als Helfer in der Not mehr als sonst gewürdigt wird.

Ein weiteres Beispiel finden wir in dem Geschäftsbericht des Allgemeinen Konsumvereins für Sagen i. Westf. und Umg. über sein neuntes Geschäftsjahr. Diese Genossenschaft hatte neben der Bauarbeiterausperrung noch besonders unter der im letzten Quartal des Geschäftsjahrs erfolgten Ausperrung seitens der Metallindustriellen, wodurch allein im Sagenen Bezirk 10 000 Arbeiter beschäftigungslos wurden, zu leiden. Bei einer Ende Juni vom Konsumverein veranstalteten Umfrage wurde festgestellt, daß von seinen Mitgliedern 600, also fast der fünfte Teil von der Ausperrung betroffen waren. Zum Glück ist der Gesamtumsatz nicht zurückgegangen; vielmehr erhöhte er sich um 178 164 Mark auf 840 686 Mark. Ebenso stieg die Zahl der Mitglieder von 2648 auf 3588. Nur der Durchschnittsumsatz pro Mitglied sank um 2 Mark auf 211 Mark. Dagegen überstiegen die Spareinlagen die Rückzahlungen um 19 345 Mark, so daß die Sparkasse einen Bestand von 53 473 Mark aufweist. Obgleich der Sagenen Konsumgenossenschaft die Einrichtung eines personellen Notfonds nach dem Muster der Hamburger „Produktion“ zurzeit noch mangelt, hat sie in der Zeit der Ausperrung das Möglichste versucht, um davon betroffenen Mitgliedern zu helfen. Wöchentlich wurde ein Bon an die Ausgesperrten ausgegeben, wofür in den Warenabgabestellen Brot gratis geliefert ward. Die dafür aufgewandte Summe beläuft sich auf 2000 Mark. Des weiteren wurde den Ausgesperrten der erst im Herbst fällige Rabatt ausnahmsweise zur Verfügung gestellt. 6000 Mark sind sofort abgehoben worden, so daß zirka 8000 Mark vom Konsumverein an die Ausgesperrten ausbezahlt worden sind.

Die beiden Beispiele, die durchaus nicht vereinzelt sind, müssen bei richtiger Würdigung den Arbeitern für die Konsumvereine das größte Interesse einflößen.

Uereinstell.

Deutscher Cabakarbeiter-Verband. Bekanntmachungen.

Zur Statistik über Arbeitslosigkeit unter den Verbandsmitgliedern.

Achtung, Bevollmächtigte! Die Statistikare betreffs Arbeitslosigkeit für die Woche vom 24. bis 29. Oktober d. J. muß von allen Zahlstellen — ganz gleich, ob arbeitslose Mitglieder vorhanden waren oder nicht — bis zum Dienstag, den 1. November, eingesandt werden.

Die Mitgliederzahl am Schlusse des 3. Quartals 1910 ist nunmehr anzugeben.

Die Adresse anzugeben wird ersucht:
Von dem Zigarrenmacher **Benatus Gembalski** aus **Arden**, geb. am 18. 5. 71, aufgen. am 24. 7. 96, Al. VI, S. II, Nr. 7882. Benatus Gembalski hat auf einer auf P. Kienast lautenden Wanderkarte, die in Frankfurt a. M. am 13. 9. ausgestellt worden ist, in Woltersdorf für 2 Tage 2 Mk. und in Schwerin a. W. für 2 Tage 2 Mk., zusammen 4 Mk. Arbeitslosenunterstützung erhoben. Das unberechtigte Abheben von Unterstützung wurde festgestellt, als der Inhaber der Wanderkarte in Jützhau den Versuch machte und die Sten dazu besah, für 6 Tage Arbeitslosenunterstützung zu verlangen. Gembalski wurde erkannt als der nicht rechtmäßige Eigentümer der Wanderkarte. Auf die Vorhaltung dieses Betrages und auf die Weigerung von Auszahlung der Unterstützung verschwand der Entlarvte. Wie uns in derselben Angelegenheit weiter mitgeteilt wird, ist G. auch im Besitze von Legitimationen des Holzarbeiter-Verbandes. Es ist demnach anzunehmen, daß G. die Wanderkarte dem Mitgliede Kienast entwendet hat und daß er mit Legitimationen anderer Verbände, die er in seinen Besitz zu bringen wußte, ein lukratives Geschäft betreibt und die Gewerkschaften brandstiftet. Man verweigere jedwede Unterstützung und bürsche ihm die Bücher oder sonstigen gewerkschaftlichen Legitimationen abzunehmen und sende sie ein. Entweder handelt es sich hier um eine von Kienast verlorene oder ihm gestohlene Wanderkarte. Das Mitgliedsbuch des Gembalski konfiszieren man und sende es mit ein.

Als verloren wurde gemeldet:
Das Mitgliedsbuch, S. I, Nr. 66530, lautend auf **Hermann Kieshoff** aus **Banzleben**, geb. am 19. 5. 90, aufgen. am 11. 5. 09, Al. III.

Das Mitgliedsbuch, S. II, Nr. 10264, lautend auf **Franz Dahm** aus **Trier**, aufgen. am 1. 11. 03, Al. VI.

Die Wanderkarte, lautend auf **Paul Michaelis** aus **Leipzig**, geb. am 7. 9. 54, aufgen. am 2. 1. 10, Al. III, Buch S. II, Nr. 3084. Ausgestellt ist die Karte in Weiskensfeld am 28. 6. 10, für eine Bezugsberechtigung von 21 Tagen. Die berechtigte Arbeitslosenunterstützung ist mit 21 Mk. abgehoben worden.

Die Wanderkarte, lautend auf **Otto Felsch** aus **Planitz**, geb. am 4. 10. 86, aufgen. am 8. 8. 08, Al. III, Buch S. I, Nr. 29685. Ausgestellt ist die Karte in Tempin am 27. 7. 10. Eine Bezugsberechtigung bestand noch für 11 Tage, à 1 Mk.

Abrechnungen für das 3. Quartal 1910

gingen in der Zeit vom 18. bis 24. Oktober bei uns ein:

Vom 1. Gau: Lauenburg, Winsen, Schiffbed, Neumünster, Iphoe, Habersleben; 2. Gau: Berden, Bremen-Remlingen; 3. Gau: Erleben-Uhrleben, Gardelegen, Schönhofen, Hannover, Köthen; 4. Gau: Moringen, Mühlhausen, Kleinmalzode; 5. Gau: Niederbrehren, Blashelm, Berthel, Sonneborn, Gehlenbed, Blinde-Ennigloh, Schwiegheln, Secht, Osnabrück, Werl, Hameln, Neda; 7. Gau: Lamsbach, Dietesheim, Fränkisch-Krumbach, Weled, Groß-Linden, Grietshelm; 8. Gau: Lodenburg, Osterheim, Kirchheim, Lagen, Edenleben; 9. Gau: Straßburg, Deltrigen, Stuttgart, Ansbach, Karlsruhe, Friesenheim, Müdingen; 10. Gau: Nafshausen, Schmolln, Halle a. S., Ronneburg, Zeitz, Erfurt, Köhnitz, Kreuzburg, Pölzig; 11. Gau: Wangen, Gohlis, Nadeberg, Kunzenau, Peterswaldau, Meissen, Leipzig, Wurzen, Leisnig, Dresden; 12. Gau: Langenbielau, Wansin, Breslau, Neustadt, Goldberg, Neusalz, Striegau, Saynau, Prießus, Schweidnitz; 13. Gau: Prenzlau, Kottbus.

Bremen.

Der Vorstand.

Vom 16. bis 23. Oktober 1910 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:

12. Oktober.	Gengensbach	40.—	18. Oktober.	Peterswaldau	100.—
14. Destrigen	70.—	18. Ronneburg	50.—		
16. Kanth	60.50	18. Dietesheim	75.—		
16. Neumarkt	100.—	19. Nadeberg	25.—		
16. Dobrilugk	65.—	19. Leipzig	200.—		
16. Järschau	70.—	19. Finsterwalde	800.—		
17. Lagen	50.—	20. Müdingen	100.—		
17. Müßelborsf	30.—	20. Straßburg	50.—		
17. Neusalz	80.—	20. Schweideln	50.—		
17. Lodenburg	100.—	20. Neustadt a. S.	25.—		
17. Eberswalde	80.—	20. Spremberg	200.—		
17. Gohlis	70.—	21. Bremen II	350.—		
17. Mannheim	60.—	21. Babbenhausen	285.—		
17. Nafshausen	69.76	21. Schöneck	100.—		
17. Blashelm	100.—	21. Osnabrück	100.—		
17. Niederbrehren	325.76	21. Neuhans	200.—		
17. Hameln	65.—	21. Dessau	50.—		
17. Pyrmont	260.—	21. Ohlau	200.—		
17. Lagen	40.—	21. Spener	200.—		
17. Lamsbach	198.30	21. Striegau	450.—		
17. Moringen	60.—	22. Schiffbed	120.—		
17. Walsheim	100.—	22. Drantenburg	100.—		
18. Schönhofen	50.—	22. Habersleben	200.—		
18. Nordhausen	800.—	22. Iphoe	200.—		
18. Südhemmern	90.—	23. Nheba	163.—		
18. Berlin	400.—	23. Kreuzburg	100.—		
18. Kirchheim	90.—	23. Ansbach	100.—		

Etwaige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterszeichneten anbringen.

Bremen, den 24. Oktober 1910.

B. Nieder-Welland, Kassierer,

Faulenstraße 58 60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Vom Vorstände sind ernannt:

Für Erdmannsdorf: Kurt Weinhold als 3. Bev.; Paul Schindler, Wilh. Wolf als Kontrolleure.

Für Gehlenbed: Feinr. Kaufmann als 1. Bev., Wilh. Pider als 3. Bev.

Für Karlsruhe: Joh. Mummert als 3. Bev.; Wilh. Gorthner, Nikolaus Brühmüller als Kontrolleure.

Für Mennighüffen i. Westfalen: Wilh. Rämper als 1. Bev.; Friedr. Kröger gen. Weinke als Kontrolleur.

Für Ratibor: Max Kampa als 1. Bev., Rob. Randora als 2. Bev.

Adressen-Änderungen:

Für Gehlenbed i. Westfalen: Der 1. Bev. Feinr. Kaufmann wohnt in Eilschhausen (Post Gehlenbed), Nr. 2.

Für Kanth: Der 1. Bev. Wilh. Dzubala wohnt jetzt Breslauer Straße 71, Hinterhaus.

Für Mennighüffen i. Westfalen: Der 1. Bev. Wilh. Rämper wohnt in Besebrück, Nr. 195.

Für Ratibor: Der 1. Bev. Max Kampa wohnt Langt Straße 60. — Der 2. Bev. Rob. Randora wohnt Volkoplatz 6

Für Tempin: Der 1. Bev. Rich. Abraham wohnt jetzt Prenzlauer Straße 18.

Für Zeitz: Der 1. Bev. E. Neupke wohnt jetzt Klosterstr. 9, pt

Mitglieder-Versammlungen.

In **Langenbielau**: Sonnabend, den 29. Oktober, abends 8 Uhr, bei H. Tilg. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal 2. Kartellbericht. 3. Wie stellen wir uns zur Gründung einer Lokalkasse? 4. Verschiedenes. — Pünktliches und vollzähliges Erscheinen ist notwendig.

J. A.: Der Bevollmächtigte.
In **Vielefeld**: Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags 3 Uhr bei Hannemann, Weberstraße. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In **Hiddenshausen**: Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags 3 Uhr, beim Wirt Meier. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Da außerordentliche Angelegenheiten vorliegen, ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, pünktlich zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

In **Deltinghausen**: Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags 4 Uhr, beim Gastwirt Düsdieker. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Die Mitglieder werden hierdurch gebeten, der wichtigen Tagesordnung halber zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

In **Schärmbeck**: Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, in der Zentralthalle. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In **Spenge**: Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags 3 Uhr, bei Schröder. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Die Konferenz in Bünde. 3. Sonstige Mitteilungen. — Zahlreichem Erscheinen steht entgegen. Die Ortsverwaltung.

In **Blottho**: Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags 5 Uhr, bei H. Zeigeler. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es wünschenswert, daß auch diejenigen Mitglieder erscheinen, welche sonst stets durch Abwesenheit glänzen.

NB. Die Kontrolleure werden ersucht, am Sonntag, den 29. Oktober, vormittags 10 Uhr, zur Prüfung der Abrechnung vom 3. Quartal beim 2. Bevollmächtigten zu erscheinen. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In **Gehlenbed**: Montag, den 31. Oktober, abends 9 Uhr, im Saale des Herrn W. Kohlwe. Tagesordnung: 1. Welche Folgen ziehen wir aus den Lohnbewegungen? 2. Krankenkassen-Angelegenheiten. Referent: Gauleiter Schlüter. Es ist Pflicht sämtlicher Tabakarbeiter von Gehlenbed und Umgegend, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

In **Löwenstein-Thal**: Sonnabend, den 5. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Brockmann in Thal. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Kartellbericht. 3. Verschiedenes. Zahlreichem Erscheinen steht entgegen.

In **Frankenberg**: Montag, den 7. November, abends 1/2 9 Uhr, im Stadtpark. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Arbeitsnachweise.

Die Bureaus befinden sich:

Für den 1. Gau:
Altona-Ottensen: F. Penke, Schulstraße 9, I.

Für den 2. Gau:
Bremen: Im Bureau des Vorstandes, Faulenstraße 58/60, II.

Für den 3. Gau:
Braunschweig: Wilhelm Janzen, Wendenstraße 53, im Verkehrslokal Stadt Lüneburg.
Sprechstunde: Wochentags von 11 bis 12 Uhr vormittags und 7 bis 8 Uhr abends. Sonntags von 11 bis 1 Uhr nachmittags. Auch erhalten Zugereifte dort Arbeitslosenunterstützung.

Für den 4. Gau:
Nordhausen: Verbandsbureau, Wolfstraße 14.

Für den 5. Gau:
Vielefeld: Alb. Schulz, Turnerstraße 45, Arbeitersekretariat.

Für den 6. Gau:
Aöln: Ludwig Klein, Heinrichstraße 10, II.

Für den 7. Gau:
Gießen: Heinrich Günther, Löberstraße 26, II.

Umfassend den Bezirk Oberhessen und Kreis Weglar.
Pfungstadt: Ludwig Klöppinger, Sandstraße 102.

Umfassend den Bezirk Rheinhesen und Provinz Starkenburg.
Gannu: Konrad Gräbener, Nordstraße 56.

Umfassend die Kreise Hanau, Homburg, Marburg, Kirchhain, Fulda, Hünfeld, Gelnhausen, Schlüchtern, Hersfeld (Provinz Hessen-Nassau) und Regierungsbezirk Unterfranken und Aschaffenburg (Königreich Bayern).

Für den 8. Gau:
Hodenheim: Ludwig Koch, Obere Hauptstraße 72.

Für den 9. Gau:
Stuttgart 13: Ad. Heising, Florianstraße 8, I.

Für den 10. Gau:
Erfurt: Reinhold Plankenburg, Romthurgasse 6, Strßs.

Sprechstunde: Wochentags von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 7 bis 8 Uhr abends. Sonntags von 11 bis 1 Uhr nachmittags.

Für den 11. Gau:
Dresden-A.: Franz Schmidt, Ritzbergstr. 2, II, Zimmer 28.

Für den 12. Gau:
Breslau: William Stöhr, Friedrich-Wilhelm-Straße 82, I.

Jauer: Heinrich Tielisch, Kassierer, Volkshainer Straße 19.

Für den 13. Gau:
Berlin: Alwin Schulze, Berlin C., Große Hamburger Straße 18/19, Verbandsbureau.

Alle Arbeitssuchenden, sowie Fabrikanten, die in den Bezirken dieser Arbeitsnachweise wohnen, wollen sich nur an vorstehende Adressen wenden.

Ratibor: Auszahlung von Kranken- und Arbeitslosenunterstützung jeden Sonnabend von 6 bis 9 Uhr abends durch den 2. Bev. Robert Randora im Gewerkschaftslokal, Jungfernststraße 3. — Anmeldungen von Mitgliedern werden jeden Tag von 6 bis 9 Uhr abends durch den 1. Bev. Max Kampa im Gewerkschaftslokal, Jungfernststraße 3, entgegengenommen.

Berden a. N.: Der Arbeitsnachweis befindet sich Große Fischerstraße 13. Das Umschauen in den Fabriken ist streng verboten.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Cabakarbeiter Deutschlands.

Eingegangen: Hochdorf 100.—, Osnabrück 50.—, Eimsbüttel 200.—, Hildesheim 30.—, Seehelm 80.—, Röhrbach 111.81, Mannheim 75.— Mk.

Sterbekasse: Würzburg 24.32, Eimsbüttel 50.—, Hildesheim 12.19 Mk.

Zuschüsse: Mühlheim 50.—, Hodenheim 200.—, Klein-Steinheim 100.— Mk.

Krankengeld: 39.67 Mk. Röhrbach 9.89, Halle a. S. 29.18, Osterode 26.75 Mk.

Hamburg, den 24. Oktober 1910.

H. Otto.

Ich empfehle meinen

H

NEUESTEN KATALOG

für Rohtabake und Utensilien

Ihrer grössten Aufmerksamkeit.

Meine Offerten sind infolge meines direkten Einkaufes bei den Einschreibungen

unerreicht preiswert.

Ich führe nur anerkannt gute Marken, und sind diese im Katalog bei jeder Nummer ausdrücklich verzeichnet.

Beordern Sie in Ihrem eigenen Interesse sofort Proben!

Nachtrag zum Oktober-Katalog:

Vorstenlanden-Umblatt: Vollblatt, 3. Länge, sehr breitblattig, leicht auf der Hand, tadelloser Brand, hochfeiner Geschmack

Nr. 1613 à 180 Pfg. verzollt

Beordern Sie in Ihrem eigenen Interesse sofort Proben!

Heinrich Franck

Berlin N. 54
:: Brunnen-
Strasse 185

Gegründet 1879.

Postscheckkonto: Berlin 1738.

Telephon: Amt III, 4352.

J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946 Neustadtswall 36 Fernsprecher 3946
empfehlen in bekannter Preiswürdigkeit:

Sumatra-Decker 185, 210, 220, 240, 260, 275, 280, 340, 420, 460, 500
Sumatra-Umblatt (Kollblatt) 155, 180
Java- und Vorstenland-Decker 220, 240, 250, 260, 270, 300, 320
Mexiko-Decker, enorm deckfähig und zartblattig, allerfeinste Gewächse und schneeweiss im Brand, 300, 350, 400, 430
Mexiko-Umblatt 150
Java-Umblatt 130, 155, 160
Java-Umblatt und Einlage 95, 105, 110
St. Felix-Brasil-Decker 190, 215
deci mit 4 Pfund, brennt schneeweiss, egale braune Farben. St. Felix-Brasil-Umblatt 160, 170
St. Felix-Brasil-Umblatt und Einlage 120, 140, 150
Domingo-Umblatt 90, 95, 100, 110, 120
Carmen-Umblatt 100, 105, 110, 120
Seedleaf-Umblatt 110, 120
Portorico-Decker, brennt schneeweiss 130
Einlage 100
Havanna-Einlage 200, 250, 300
Yara-Cuba 200, 220
Losgut aus nur überfeinsten Originaltabaken, meist Umblatt, 100, 105, 110

Wickelformen (neu und gebraucht, in allen Fassons, von 50 bis 150
Schiffchen-Abdrücke versende gratis und franko.
Neue, schmiedeeiserne Formenpressen mit Flachgewinde, besonders stark gearbeitet, für 10 bis 12 Formen, pro Stück 7.50
Gummi-Traganth, allerfeinste Ware, größte Klebekraft, per Pfund 250
bei Abnahme von Postkoll à 9/10 Pfund netto à 240
Zigarrenband, feinste gelbe Halbheide, 8 Lin., pro 50 Meter-Rolle 160

Preise per Pfund verzollt einschl. Wertzoll. Versand nur unter Nachnahme.

Java-Sumatra linksheilig per Pfund 2.70
Java-Sumatra 1. Blattlänge per Pfund 3.60
Diese Tabake brennen tadellos und bedien mit 1 1/2 Pfund.

Carl Roland, Berlin SO.
Kottbusser Strasse 4.

Geben eingetroffen!
Ca. 3000 gebrauchte Formen in nur modernen Fassons. Man verlange sofort Offerte mit Abbildungen.
L. Cohn & Co. Berlin N., Brunnenstrasse 24. Deutschlands grösstes Wickelformenlager.

Brinkmeier & Co. Bremen, Geeren 58

altbekannte reelle Bezugsquelle empfehlen als gut und sehr preiswert
Sumatra-Decker 180, 215, 220, 240, 250, 300, 340, 350, 400, 425, 550
Sumatra-Umblatt 160, 170, 180
Java-Vorstenlanden-Decker 180, 200, 230, 240, 330, 340
Java-Umblatt 130, 135, 145, 150, 160, 170, 180
Java-Einlagen 100, 105, 110
Brasil-Decker 200, 220, 240 (4-5 Pfd. bedend, vorzüglichster Brand).
Brasil-Umblatt und Einlage 120, 135, 140, 150, 160, 170
Domingo-Umblatt und Einlagen 100, 110, 115, 120, 135
nur wirklich gute Qualitäten, trocken.
Carmen-Umblatt und Einlagen 100, 110, 115, 120, 125, 130
Seedleaf 145, 155
sehr fettes, mittelkräftiges, zartes Umblatt.
Mexiko-Decker 250
braun, kolossal deckfähig.
Havanna-Einlagen 170, 180, 275
feine Qualitäten.
Yara Cuba 190, sehr feine, kernige Einlage.
Losgut 95, 100, 105
kolossal blattig, trocken u. kerngesund, meist Umblatt, sehr preiswert.
Kentucky 130, 150, 160, 170, 180
Virginia-Umblatt und Deckblatt für Oesterreicher u. Brissago 160-180
Geschnittene Einlage (Java mit Brasil) 110
Versand unter Nachnahme.
Preise per Pfund verzollt inkl. Wertzoll.

Man verlange unsere neuesten Modellbogen
L. Cohn & Co., Berlin N.
Brunnenstrasse 24
bieten bei
Neuanschaffungen
von
Wickelformen
eine riesenhafte Auswahl bei den denkbar grössten Vorteilen.
Franko-Versand durch ganz Deutschland.
Wiederverkäufer höchsten Rabatt.
Ständiges Lager von über 30 000 neuen Wickelformen.
Ständiges Lager von über 10 000 gebr. Wickelformen.
Jedes Fasson stets am Lager.
Anerkannt erst-Weissbühene Fassinischen gelemnt u. klassisch. Fabrikat

W. Hermann Müller Berlin, Magazinstr. 14.

Rohtabake
Besonders empfehlenswert
Nr. 6694
Sumatra
2. Länge Vollblatt à Pfd. 2.50 verzollt.
Geschn. Java-Einlage
à Pfd. 1.20 verzollt.
Geschn. Brasil-Einlage
à Pfd. 1.20 verzollt gute Qualität.
Sumatra-Umblatt
3. Länge Vollblatt Nr. 6198 à Pfd. 1.60 verzollt.
Java-Umblätter von 1.25-1.80 p. Pfd. verz.

Fabrikations-Utensilien
Wickelformen, neue, zu Konventionspreisen do. gebrauchte, billigst, stets grosses Lager
Formenpressen, solide gebaut, zu 10 Formen, 8, 16, 19
ganz aus Eisen 17.50
Arbeitsstische, Schemel, aus bestem Holz, neu und gebraucht, billigst
Pa. Rollbretter, ast- und rissfrei, von 1.50 an
Arbeitsmesser in unerreichter Güte
Hamburger Messer 1 per 10 Stück 2
Pa. Engl. sec. Amlac-Extrakt 2 1/2-Pfd.-Dose 4.75
Pa. Traganth 2, 2.50, 3
per 1/2 kg
Bündelmaschinen 75, 85
1.25, 1.50 usw.
Presskästen zu 2 Bund 80
zu 4 Bund 1.25
Kesselpapier, blau, per Pfund 17
Packlack per Pfund 25
Kisten aus Pappe per 100 Stück 5.60
Ringe, geprägte, 20, 25, 30, 35
per 100 Stück
Band, 50 Meter von 50 an
Etiketten per 100 Stück von 30 an
Preis per Kasse mit 3% Skonto von 10 an
Man verlange Preisbuch 25.

Hermeking & Boy

Berlin N., Brunnenstrasse Nr. 183
Roh-Tabak Bedarfs-Art.

Sumatra-Decke, sehr große Auswahl hellfarb. Stückblatt 350, 400, 440
hellfarb. Vollblatt à 300, 325, 350, 375, 425, 470, 475, 600
mattfarbiges Sandblatt à 325 u. 350
mittelfarbiges Vollblatt à 250, 260, 280, 300, 350, 375, 400, 450, 475, 500
klein. Wobl. à 180, 190, 200, 230
Vorstenland-Decke à 195, 210, 250, 350
Java-Decke, große Deckkraft à 250, 300
Java 110, 115, 120, 125, 145, 170, 180
Mexiko-Deck-Ersatz à 225, 260, 300
Brasil à 135, 145, 150, 165, 185, 200
Brasil-Decke à 300, 350
Carmen à 110, 115, 120, 130, 135, 150, 160
Domingo à 110, 115, 120, 140, 145, 170
Yara-Cuba, großartige Qual. 350, 400
Havanna in Ref. à 300, 350, Loje à 200
Losgut garant. überfeinst, kern-100
Uckermarkter la 100

Wickelformen, neue, zu Originalpreisen, gebrauchte viele moderne Fassons joeben wieder eingetroffen
Pressen zu 10 Formen 8, 10, 16
mit Rad 19
ganz Eisen 26
Presskasten zu 1000 Zigarren nur 550
Rollbretter 175, 200, Strohholz 300, 400
Bündelböcke, verstellbar, nur 125 u. 225
Arbeitsmesser v. J. H. Henfels 20, 30, 35
Laok, 8 Stangen 25 und 30
Papier, blau, ca. 40 Bogen 20
rot 25
Band, 50 Meter von 60 an
Ringe ff. nur 20, 25
mit Porträt 45
Etiketten von 35
per 100 Stück an Gummi-Traganth à 175, 200 u. 250 p. Pfd.
Amlac, engl., in Driglbüch. a. Drigpreis.
Gebrauchte Arbeitstische, Pressen, Rahmen, Siebe stets am Lager.
Preise per Kasse ohne Abzug.
Versand unter Nachnahme!

Sumatra schönes hellfarbiges Stückblatt, großartiger Brand, große Deckkraft
Preise verzollt inkl. Wertzuschlag und Kasse mit 3 Prozent Skonto. **nur 300**